

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Manfred Ländner

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Georg Winter

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Ganserer

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Andreas Lotte

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Thomas Mütze

Präsidentin Barbara Stamm

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** gemeinsam auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Allgemeine Innere Verwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13260 und 17/13262)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13243 mit 17/13258 und 17/13291)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13196 mit 17/13205)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13298 mit 17/13302)

und

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr - Staatsbauverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13263 mit 17/13267)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drs. 17/13282 mit 17/13289)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13229 mit 17/13237 und 17/13292)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/13303 mit 17/13306 und 17/13318 mit 17/13328)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 29 Minuten, auf die SPD-Fraktion 23 Minuten sowie auf die Fraktionen FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 19,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 29 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/13249, 17/13253, 17/13254 und 17/13283 von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Uns stehen also insgesamt vier namentliche Abstimmungen bevor. – Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Ländner von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Manfred Ländner (CSU): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Einen wunderschönen guten Morgen! Die Besetzung des Plenums ist relativ gut. Das bedeutet großes Interesse für den Haushaltsplan 03 A, innere Sicherheit und Polizei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind da!)

Sehr geehrte Damen und Herren, im Doppelhaushalt 2017/18 sind hier 9,2 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist eine richtige Entscheidung. Wir haben gestern vom Ministerpräsidenten gehört, dass Sicherheit ein wesentlicher Punkt für die Menschen in unserem Land ist. Sicherheit ist wichtig, um die Lebensqualität zu unterstreichen. Es ist richtig und wichtig, dass eine Regierung auf dem Feld der inneren Sicherheit nicht nur durch Bekenntnisse, sondern auch durch Zahlen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt.

Wir haben im Doppelhaushalt eine Steigerung um 150 Millionen Euro. Im Wesentlichen ist die Steigerung auf die Polizei bezogen, und darum darf ich auch hier spre-

chen. Den Schwerpunkt bildet mit 82 % der Ausgaben das Personal. Neben dem Personal sind auch die Sachausstattung und Neueinstellungen wesentliche Faktoren. Es gibt eine Besoldungserhöhung, 1.000 neue Stellen und 530 neue Ausbildungsstellen. Es ist richtig, dass wir in Bayern mehr Personal für die gestiegenen Aufgaben einstellen. Wir haben in der Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstählen große Erfolge erzielt und einen Rückgang erreicht. Wir antworten in Bayern auf die Internet-Kriminalität durch die Einstellung von mehr Cybercops und erhalten dadurch spürbar mehr Sicherheit.

Ich darf etwas ansprechen, was mich seit vielen Jahrzehnten bewegt wie auch schon bei meiner vorherigen Aufgabe im Personalrat in einer Polizeigewerkschaft. Wir haben erfreulicherweise eine Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten auf 4 Euro erreicht und hoffen, dass wir in den nächsten Jahren irgendwann die 5 Euro erreichen werden. Die Steigerung im Budget ist durchaus respektabel. Wir können bei unserer Polizei einiges verwirklichen, wofür wir uns seit vielen Jahren einsetzen. Damit geben wir auch Antwort auf die Fragen von Kolleginnen und Kollegen und auf die aktuellen Herausforderungen der inneren Sicherheit. Zum Beispiel haben wir für die Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung 31 Millionen Euro vorgesehen. Für die neuen Uniformen, über die die Medien immer wieder berichten, sind 26 Millionen Euro erforderlich. Wir steigen bei der bayerischen Polizei in die Beschaffung einer neuen Pistole ein und sind bei der Digitalisierung sicher deutschlandweit an der Spitze. Wir beschaffen neue Fahrzeuge für 6,7 Millionen Euro und modernisieren die Cyber-Labore mit 2,8 Millionen Euro.

Wir müssen uns auch darum kümmern, wo unsere Polizeibeamten arbeiten. Deswegen gibt es für die Verbesserung der Unterkünfte mehr als 50 Millionen Euro. Ich darf einige Standorte nennen, wo Sie sicher alle im Hohen Haus Verbesserungen befürworten: Wir investieren in die Polizeischulen in Ainring, in Dachau, in Kaufbeuren, in Passau, in Regensburg, in Kempten, in Neumarkt und in Laufen und schließen die Maßnahmen bei der neuen Polizeiinspektion in meiner Heimatstadt Würzburg und bei

der Bereitschaftspolizei in Würzburg ab. Mehr als 50 Millionen Euro sind für die Verbesserungen der Unterkünfte und der Polizeidienststellen vorgesehen. Wir haben für das Landesamt für Verfassungsschutz 4,5 Millionen Euro angesetzt, um die Auswertung sozialer Medien zu verbessern. Wir geben eine halbe Million Euro für Prävention im Bereich des Salafismus aus.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, wir sind auf dem Laufenden, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für unsere Polizei zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich darf noch ergänzen, dass wir auch im Bereich der Feuerweherschulen aktiv sind. Sie alle erinnern sich, vor allem die unterfränkischen Kolleginnen und Kollegen, die dabei waren, dass wir in Würzburg eine neue Feuerwehrehalle einweihen durften. Wir werden im Bereich der Feuerweherschulen auch beim Personal, in der sachlichen und baulichen Ausstattung weiter vorangehen.

Polizei und Feuerwehr bedeuten Sicherheit für unsere Bevölkerung, Schutz und ein Sicherheitsgefühl, das wir hier im Bayerischen Landtag mit Zahlen und Haushaltsmitteln untermauern. Ich darf mich recht herzlich beim Haushaltsausschuss, bei dessen Vorsitzendem und auch bei Ihnen, sehr geehrter Herr Minister und Herr Staatssekretär, dafür bedanken, dass Sie diese Anliegen in den Haushalt eingespeist haben.

Wir sind sicherlich auf einem guten Weg. Ich weiß nicht, wie die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition diesen Haushalt insgesamt betrachten – vielleicht auch ablehnend, das kann sein –, aber ich glaube, im Herzen sind sie alle dafür, dass wir diese Maßnahmen ergreifen und mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen durch mehr Geld für unsere Polizei im Unterkunfts- und auch im Personalbereich und auch für unsere Feuerwehr.

Herzlichen Dank, dass Sie mir in den frühen Morgenstunden so aufmerksam zugehört haben. Wir belegen unseren Anspruch auf Stärke bei der inneren Sicherheit auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln. Herzlichen Dank, wenn Sie dem zustimmen. Ich darf abschließend unserer Polizei und unserer Feuerwehr danken, die täglich 24 Stunden und 365 Tage im Jahr für unsere Sicherheit parat stehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Lieber Herr Kollege, ich weiß, dass Sie Polizeibeamter waren. Vor diesem Hintergrund habe ich zwei Fragen an Sie, zwei Anmerkungen.

Wenn wir sehen, welche Anträge Sie abgelehnt haben, dann macht mich vor allem – das ist eigentlich auch eine Frage an den Herrn Innenminister – betroffen, dass Sie alles, was sich auf die Gesundheit der Polizeibeamten bezieht, abgelehnt haben: die Mittel für betriebliches Gesundheitsmanagement und vor allem für Vorsorgekuren, die wir schon lange beantragen. Sie selbst wissen, was Schichtdienst bedeutet – ich habe das lange gemacht. Ich weiß also, wie anstrengend Schichtdienst ist und wie sehr er an die Gesundheit geht. Deswegen lautet unser Antrag, Vorsorgekuren für Schichtdienstbeamte einzuführen, die bekanntlich zu jenen gehören, die als Erste in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Ich verstehe nicht, warum diese Anträge immer wieder abgelehnt werden.

Das Zweite; auch da spreche ich Sie als ehemaligen Polizeibeamten an: Alle Anträge, die wir zur Verbesserung der Situation der Tarifbeschäftigten gestellt haben, wurden abgelehnt. Aus Ihrer Praxis heraus wissen Sie, wie wichtig die Tarifbeschäftigten für unsere Arbeit sind, vor allem bei den Inspektionen, aber natürlich auch bei den Präsi-

dien. Warum werden die Tarifbeschäftigten nicht mehr gefördert? Warum sind unsere Anträge abgelehnt worden?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Ländner, Sie haben das Wort.

Manfred Ländner (CSU): Zum einen: Gesundheitsvorsorge ist sehr wichtig. Wir tun auf diesem Gebiet auch sehr viel. Sie wissen, dass wir Häuser für die Erholung unserer Polizeibeamten haben und dass wir mehr Gesundheitsvorsorge als in der Vergangenheit betreiben. Es kann immer ein "on top" geben, das ist selbstverständlich. Ich denke aber, dass wir im Bereich der Gesundheitsvorsorge up to date sind und sehr viel tun. Wir können uns interimsmäßig sicherlich noch persönlich austauschen, Herr Prof. Gantzer.

Was die Tarifbeschäftigten betrifft, gebe ich Ihnen zum Teil recht. Wir wissen, dass wir neue Aufgaben haben, zum Beispiel im Bereich IT oder Cybercops, die durchaus auch von Tarifbeschäftigten erledigt werden können. Wir sind weiterhin am Arbeiten, und ich darf Ihnen versichern, dass wir, gerade was Tarifbeschäftigte betrifft, ein offenes Ohr haben.

Wir haben jetzt einen Haushalt abzubilden; das machen wir. Die Anliegen, die Sie ansprechen, werden weiterhin Aufgaben des Ministeriums sein, auch des Herrn Staatssekretärs und des Herrn Innenministers. Wir werden an diesen Aufgaben weiterarbeiten. Wir haben, wie ich glaube, sehr viele Verbesserungen und Neuerungen im Tarifbereich geschaffen – eine Aufgabe, die uns weiterhin begleiten wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Biedefeld von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Rund 180 neue Planstellen und Stellenhebungen für Tarifbeschäftigte der Landespolizei, höhere Leis-

tungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der bayerischen Polizei, Beseitigung des Beförderungsstaus bei der bayerischen Polizei durch Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 nach A 9 + AZ, 100 neue Stellen für die Mobile Reserve der bayerischen Polizei, Mittel – das hat Herr Kollege Gantzer gerade angesprochen – für Gesundheitsmanagement und Vorsorgekuren speziell für schichtdienstleistende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, Mittel für die Beschaffung und Einführung einer neuen Dienstwaffe für die bayerische Polizei: Das alles sind Änderungsanträge der SPD, die ganz klar auf mehr und eine qualitätsvollere innere Sicherheit abzielen – für Bayern, für unsere Bürgerinnen und Bürger, mit gesunden und motivierten Polizeikräften. Das ist unsere Zielsetzung.

Änderungsanträge existieren zur Errichtung und dem Betrieb des Digitalfunks mit der Zielsetzung einer Eins-zu-eins-Mannausstattung speziell bei Handfunkgeräten, einer besseren Sportförderung, der Erhöhung der Zuschüsse für Sportfachverbände, vor allem aber auch zu einer Erhöhung der Vereinspauschale für unsere bayerischen Sportvereine und zur Förderung des Baus vereinseigener Sportstätten. Im Bereich Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik beantragen wir eine bessere Personalausstattung unserer Verwaltungsgerichte. 30 neue Planstellen und die Aufhebung der kw-Vermerke sind unsere Zielsetzung.

Ferner wird in den Anträgen der SPD zusätzliches Personal zur schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, eine Verbesserung der Ausbildungssituation in der Lebensmittelkontrolle, die Anstellung von Lebensmittelkontrolleuranwärterinnen und -anwärtern bei den Landratsämtern gefordert; Letzteres betone ich bewusst, Stellen für Energieberater in den Landratsämtern und vieles andere mehr wurde thematisiert. Das begehren unsere Änderungsanträge, die Änderungsanträge der SPD zum Einzelplan 03 A.

Ich sage: Wir als SPD-Landtagsfraktion haben uns sehr gut auf die Beratung des Einzelplans 03 vorbereitet. Ich habe das im Ausschuss ausgeführt. Wir als SPD-Landtagsfraktion waren an einem Tag in 44 Polizeidienststellen in ganz Bayern unterwegs.

Dies entspricht ungefähr 16 % aller in Bayern existierenden Polizeiinspektionen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei unserem Kollegen Peter Paul Gantzer; das war eine tolle Idee. Er ist in der Materie drin, er ist seit vielen Jahren und Jahrzehnten bei der Polizei vor Ort unterwegs, auch bayernweit. Das war seine Idee, und er hat dazu viel organisiert. Das war eine gute Aktion, gerade auch in Vorbereitung für die Beratung des Einzelplans 03 A.

(Beifall bei der SPD)

Danken möchte ich auch allen, die im Bereich dieses Einzelplans 03 A tätig sind, und unseren Beschäftigten, die gute Arbeit leisten, aber auch unseren Protokollantinnen und Protokollanten, die im Haushaltsausschuss eine Wahnsinnsarbeit leisten mussten und tolle Arbeit geleistet haben. Ein herzliches Dankeschön gilt auch dem Ausschussbüro.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Wie sieht es aus? Ich fange bei der Polizei an. Es wird gute, sehr gute Arbeit bei der Polizei geleistet, hervorragende Arbeit. Auch wir als SPD-Landtagsfraktion haben mit unseren Anträgen immer wieder dazu beigetragen. Darauf sind wir stolz. Es ist aber nicht alles optimal. Es gibt auch Rahmenbedingungen, die alles andere als optimal sind, wenn man einzelne Bereiche anschaut. Ich nenne zum Beispiel den Schichtdienst oder auch das Gesundheitsmanagement und Vorsorgekuren. Ich könnte hier noch viele Punkte anführen. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, um die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten gerade im Polizeidienst wirklich zu verbessern.

Überstunden sind ein anderes Beispiel. Auf den einen oder anderen Punkt möchte ich noch einmal eingehen. Die Arbeitsbelastung wird zunehmend größer.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Richtig, die wird immer größer!)

Sie ist enorm groß. Schauen Sie sich die Überstundensituation an, Stichtag 30. Juni 2015. Es gibt leider keine aktuelleren Zahlen. Der Innenminister hat uns das

bestätigt: Über 2 Millionen Überstunden wurden bei unserer bayerischen Polizei angesammelt.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Unglaublich!)

2013 waren es noch 1,3 Millionen Überstunden, das sind im Durchschnitt 64 Überstunden. Der Herr Minister hat im Ausschuss ganz klar gesagt, dass sich die Situation in absehbarer Zeit kaum ändert. Sie bemühen sich, aber er könne es nicht versprechen. Wenn ich solche Worte höre – ich bin seit 22 Jahren Mitglied des Bayerischen Landtags –, weiß ich, was ich hineinzudeuteln habe: Hieran wird sich so schnell nichts ändern. Viele Polizeibeamte haben weitaus mehr Überstunden als der Durchschnitt. Bei den Polizeidienststellen, die wir SPD-Abgeordnete besucht haben, waren es im Durchschnitt 97 Überstunden. Im Landkreis München sind es zum Beispiel 97 Überstunden. Wir brauchen deshalb mehr Stellen und eine ansatzweise Hebung von Stellen. Trotz der bereits ergriffenen Maßnahmen, die der Kollege Ländner dargestellt hat, gibt es zusätzlichen Handlungsbedarf. Es geht um mehr innere Sicherheit.

Wir haben ein enormes Personaldefizit. Nach wie vor fehlen Polizeibeamte. Bei den Polizeiinspektionen, bei denen wir waren, ergab sich beim Vergleich zwischen Soll und Ist der Beschäftigten eine Abweichung um 16,9 % von der Sollstärke. Negativer Spitzenreiter ist die Polizeiinspektion Bayreuth Stadt mit einem Unterschied von 37,1 % zwischen Soll und Ist. Dieses enorme Personaldefizit geht wiederum zulasten derer, die in den Inspektionen dieses Defizit auffangen und kompensieren müssen. Auch das muss berücksichtigt werden. Der Polizeidienst ist körperlich und geistig anstrengend. Das haben wir bei unseren Anträgen auf Stellenhebungen und Stellenmehrungen, auf Verbesserung des Gesundheitsmanagements und auf mehr Vorsorgekuren berücksichtigt.

Wir haben bei der Polizei ein enormes Personaldefizit zu bekämpfen und rund 180 neue Planstellen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei gefordert. Dies haben wir bewusst getan, weil wir wissen, dass auch von den Tarifbeschäftigten hervorragende Ar-

beit geleistet wird, durch die die Arbeit der Polizeibeamten massiv entlastet wird. Unserer Meinung nach erfahren die Tarifbeschäftigten nicht genug Wertschätzung und Anerkennung, wenn sie bei Stellenhebungen berücksichtigt werden sollen oder wenn für sie neue Planstellen ausgewiesen werden sollen; denn so könnten diese wertvollen Kräfte verstärkt werden, die unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unterstützen.

Wir wollen auch eine Erhöhung der Leistungsprämien für Tarifbeschäftigte bei der Polizei. Sie haben keine Beförderungsmöglichkeit. Die CSU hat diese Thematik zwar endlich aufgegriffen, aus unserer Sicht aber völlig unzureichend. Wir wollen für die Verdoppelung dieser außertariflichen Maßnahme die erforderlichen Haushaltsmittel. Die Haushaltsmittel, die dafür eingestellt sind, reichen nicht ganz aus. Gerade für die Tarifbeschäftigten wollen wir auch etwas tun. Wir wollen eine Hebung von Stellen in den Entgeltgruppen E 3 bis E 10 und Verbesserungen. Die Stärkung der Mobilien Reserven ist ein weiteres wichtiges Instrument zur Entlastung der bayerischen Polizei.

Ich könnte noch vieles zur Polizei sagen, so zum Beispiel zur Einführung einer neuen Dienstwaffe für unsere Polizei, aber ich möchte auch noch ein paar Sätze zur Förderung unserer Sportvereine sagen. Kollege Harald Güller, der diesen Punkt im Haushaltsausschuss vertreten hat, hat dort schon darauf hingewiesen. Die Vereinspauschale soll erhöht werden. Sie soll nicht länger bei 27 Cent liegen. Wir verfolgen zusammen mit den Sportverbänden und dem Landessportbeirat das Ziel, die Pauschale auf 30 Cent zu erhöhen. Darauf zielt unser Änderungsantrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten trotz verbaler Versprechungen nicht einmal die 27 Cent halten können. Sie mussten innerhalb des Haushalts umschichten, um diese 27 Cent zu halten. Diese Umschichtung geht aber wiederum zulasten der Sportvereine, weil dafür die Investitionskostenzuschüsse gekürzt werden mussten. So sollte man nicht mit den vielen Ehrenamtlichen in unseren Sportvereinen umgehen. Wir bitten noch einmal darum, dass

Sie unserem Antrag und einer Erhöhung der Vereinspauschale auf 30 Cent zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen eine Erhöhung der Haushaltsmittel für den Bau vereinseigener Sportstätten. Auch da werden sich durch die neue Sportförderrichtlinie ab 1. Januar 2017 neue Fördertatbestände ergeben. Das zeichnet sich schon ab. Wenn man Golfplätze, Eisstockhallen oder Schießhallen fördert, geht das auch wieder zulasten unserer Sportvereine. Deshalb fordern wir auch dafür eine Erhöhung des Haushaltsansatzes.

Unsere Verwaltungsgerichte – Sie lasen es erst gestern wieder – sind aufgrund der Asylverfahren belastet. Die Bemühungen des BAMF, die Verfahren zu verkürzen, dürfen nicht durch zu wenig Personal und zu hohe Belastung an unseren Verwaltungsgerichten konterkariert werden.

Wir haben Anträge zur Energieberatung und zu den Lebensmittelkontrolleuren gestellt. Auch dort liegt vieles im Argen. Zur Lebensmittelkontrolle haben wir ein Gutachten vorliegen, das bisher ignoriert wird. Auch der ORH-Bericht wird nicht wahrgenommen. Wir wollen neue Anwärterstellen schaffen, weil die Stellen oft 24 Monate lang gar nicht besetzt werden. Wir haben beim Einzelplan 03 A noch viel zu tun.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und würde mich freuen, wenn die CSU vielleicht doch noch über den einen oder anderen Änderungsantrag nachdenken und ein Einsehen zeigen würde. Die Defizite, die ich aufgezeigt habe, sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern darin wurden wir unter anderem vor wenigen Wochen bei 44 Polizeidienststellen bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächste hat Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Herr Vizepräsident Bocklet hinter mir sitzt, habe ich oft einen Konflikt mit der Redezeit.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das liegt aber nicht am Vizepräsidenten!)

Ich möchte gleich zu Anfang meinen Dank an alle, die für unsere Sicherheit zuständig sind und sich dafür einsetzen, aussprechen, damit ich ihn am Ende nicht vergesse. Das geht im allgemeinen politischen Tagesgeschäft oft unter. Wir und unsere Bürgerinnen und Bürger profitieren davon, und natürlich ist unser Bayern ein sicheres Land. Danke an alle, die dafür verantwortlich sind!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Ressort Innere Sicherheit stellen wir FREIEN WÄHLER ganz klar fest, dass der zur Abstimmung stehende Doppelhaushalt in die richtige Richtung geht. Wir können das leicht sagen; denn vieles von dem, was jetzt beschlossen wird, haben wir FREIE WÄHLER schon lange gefordert und angeregt. Aus diesem Grund gibt es natürlich Lob von unserer Seite.

Ein erstes Beispiel sind mehr Stellen für Polizeidienststanwärter. Das ist ein Dauerbrenner der FREIEN WÄHLER. Bis zum Jahr 2020 werden jährlich 500 zusätzliche Beamte eingestellt. Das unterstützen wir uneingeschränkt. Diese Forderung wurde auch schon lange von uns erhoben. Wir hoffen natürlich, dass auch eine zügige Aufrüstung der Stellen erfolgt, an denen diese zusätzlichen Beamten ausgebildet werden sollen. Wir denken hier an das zusätzlich erforderliche Lehrpersonal. Wir fordern auch, dass die zusätzliche Ausbildung nicht zulasten der normalen Fortbildung unserer Polizistinnen und Polizisten geht. Die Fortbildung in Airring darf nicht eingefroren werden; sie muss sogar eher noch ausgebaut werden, weil durch zusätzliche neue Kräfte neue Herausforderungen für den bestehenden Apparat entstehen.

Ein zweites Beispiel, hinter dem die FREIEN WÄHLER voll stehen, ist die Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten – "DuZ". In der Privatwirtschaft ist es selbstverständlich, dass für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit Zuschläge von bis zu 100 % gezahlt werden. Wir reden jetzt darüber, ob die DuZ auf 5 Euro pro Stunde aufgestockt werden kann. Wir FREIE WÄHLER haben diese Aufstockung lange gefordert. Jetzt kommt zunächst eine Aufstockung auf 4 Euro pro Stunde. Das Fernziel sind 5 Euro pro Stunde. Diese Aufstockung ist überfällig. Nachdem der öffentliche Dienst immer mehr mit der freien Wirtschaft konkurriert, ist diese Aufstockung auch nötig. Deswegen stimmen wir diesen Änderungen im Haushalt zu. Jetzt komme ich zu unseren Forderungen, die von Ihnen, liebe CSU, bisher abgelehnt wurden. Wir sind insofern allerdings beruhigt und sehen der weiteren Entwicklung gelassen entgegen; denn wie in der Vergangenheit werden Sie über kurz oder lang die eine oder andere Forderung – vielleicht auch alle Forderungen – aufgreifen. Genau das wollen wir schließlich erreichen. Dennoch möchte ich sie an dieser Stelle nochmals erläutern.

Erstens. Zur Stärkung der Schleierfahndung werden 80 neue Stellen geschaffen. Diese Maßnahme dient auch der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Antwort auf meine jüngste Anfrage an die Staatsregierung hat gezeigt, dass leider nur jeweils vier Stellen für die Polizeipräsidien Oberbayern Süd, Niederbayern und Oberpfalz vorgesehen sind. Diese Logik erschließt sich uns nicht völlig; denn den genannten Präsidien kommt durch ihre Grenzlage bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus besondere Bedeutung zu. Deswegen fordern wir FREIEN WÄHLER zusätzlich 100 Stellen für die Schleierfahndung entlang der Grenzen zu Österreich und zu Tschechien. Um diese Erhöhung kommen wir nicht herum; sonst sind alle Bekundungen, die Bundespolizei werde von Bayern unterstützt, nicht ernst zu nehmen. Die 100 zusätzlichen Stellen brauchen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unsere zweite Forderung zielt auf die Schaffung einer echten Mobilen Reserve. Die Antwort auf meine Anfrage hat gezeigt, dass momentan 567 Ausfälle allein deshalb zu

verzeichnen sind, weil die Beamtinnen und Beamten in Mutterschutz bzw. in Elternzeit sind. Ihnen stehen als Ersatz nur 240 Stellen gegenüber. Stellen Sie sich vor, wie die Situation an den Schulen wäre, wenn 250 oder 300 Stellen nicht besetzt wären, das heißt die Klassen keine Lehrerinnen und Lehrer hätten, weil diese in Mutterschutz bzw. in Elternzeit sind. An den Schulen wäre das nicht möglich. Scheinbar geht es bei der Polizei. Aber auch dort geht es unserer Meinung nach nicht! Wir brauchen für diese Ausfälle einen Eins-zu-eins-Ersatz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unsere nächste Forderung betrifft die Stärkung der Präventionsarbeit. Diese darf in keiner Weise unter den Tisch fallen.

Was unsere letzte Forderung angeht, so weiß ich, dass diese auch in Ihren Unterlagen steht. Ziehen Sie sie bitte heraus und beschließen Sie die Umsetzung! Wir brauchen im Bereich der Polizei Stellenhebungen im Umfang von 1 Million Euro. Die Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. Das muss sich auch im Dienstgefüge zeigen. Bitte haben Sie auch an dieser Stelle ein offenes Ohr für Nachbesserungen!

Ich nenne noch einmal die Stichworte: Schleierfahndung, Mobile Reserve, Prävention, Stellenhebungen.

Bitte behaupten Sie nicht immer wieder, wir hätten noch nie so viele Stellen gehabt. Zwar sind nicht mehr viele Abgeordnete aus dieser Zeit dabei; dennoch sollten Sie an das Jahr 2003 zurückdenken. Damals – es war die Zeit des Ministerpräsidenten Stoiber – wurde vieles zurückgefahren und eingefroren. Jetzt beschließen wir – Gott sei Dank! – Nachbesserungen; diese unterstützen wir. Aber es sind eben nur Nachbesserungen. Sie von der CSU sollten nicht meinen, bei weiteren Verbesserungen sei damit schon das Ende der Fahnenstange erreicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schulze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gewalt von Rechts steigt und steigt. Die schrecklichen islamistischen Terroranschläge sind uns allen noch präsent. Kriminalitätsformen wie Bedrohungen und tätliche Angriffe im öffentlichen Raum sowie die zunehmende Zahl an Einbruchsdiebstählen machen vielen Menschen Sorgen; ganz zu schweigen von den mehr oder weniger neuen Feldern, auf denen unsere demokratische Gesellschaft angreifbar ist, sei es die Cyberkriminalität, seien es chemische, biologische und radiologische bzw. nukleare Gefahren. All das sind große Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden, für die politischen Akteure und für die Gesellschaft als Gesamtheit.

Bei all diesen Themen kommt die Polizei ins Spiel. Sie bietet Schutz und gibt Sicherheit. Sie verhindert Selbstjustiz und sichert den Rechtsfrieden. Sie setzt das Gewaltmonopol durch. Deswegen möchten wir GRÜNEN uns an dieser Stelle bei den Polizistinnen und Polizisten sowie bei den anderen Akteuren in der Sicherheitsarchitektur für ihre gute und wichtige Arbeit ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als ein Zeichen der Anerkennung wollen wir GRÜNEN die Erschwerniszulage für den "Dienst zu unregelmäßigen Zeiten" endlich auf 5 Euro pro Stunde erhöht sehen. Wir haben einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Der Vorschlag der CSU sieht vor, dass die Zulage "DuZ" in zwei Stufen auf 4 Euro pro Stunde erhöht wird und im Gegenzug pauschale Wechselschichtzulagen wegfallen. Ich finde, so geht Anerkennungskultur nicht. Ich verstehe nicht, warum Sie, was diese Erhöhung angeht, so zögerlich vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Es kommt zu einer deutlichen Verbesserung!)

Wir GRÜNEN wissen: Die Menschen vor Straftaten zu schützen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, gehört in einer freien Gesellschaft zu den Kernaufgaben staatlichen Handelns. Diese Kernaufgaben gehören nicht in die Hände Privater. Weder Bürgerwehren noch Hilfssheriffs können diese erfüllen; sie dürfen das auch nicht tun. Deswegen haben wir den Änderungsantrag gestellt, die Finanzierung der Sicherheitswacht komplett aus dem Haushalt zu streichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN geben bei der Analyse der Bedrohungslagen und bei der Gefahrenabwehr der Polizeiarbeit den Vorzug vor der Geheimdiensttätigkeit. Dafür braucht es eine personelle Stärkung, modernste Ausstattung und gute Polizeiarbeit aus einer Hand. Dazu gehört für uns GRÜNE auch, dass europäisch besser zusammengearbeitet und die Vernetzung verstärkt wird. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt, mit dem wir die Mittel des Landesamtes für Verfassungsschutz umschichten möchten. Wir schaffen unter anderem die V-Leute ab und entziehen der BIGE die Mittel; denn der Verfassungsschutz hat keinen Bildungsauftrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesen freigewordenen Mitteln können wir die Landespolizei wirklich entlasten. Damit können wir neue Tarifbeschäftigte einstellen sowie die Mittel für die Fortbildung im Bereich der Cyberkriminalität erhöhen, und zwar – das ist uns sehr wichtig – in der Fläche. Es reicht nicht aus, dass wir ein paar spezialisierte Cybercops haben.

Wir wollen außerdem die Mittel für die Fortbildung in den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erhöhen. Zu diesen Bereichen gehören auch die Reichsbürger. Gerade in der jüngsten Zeit haben wir schmerzhaft erfahren müssen, dass insoweit sehr wohl unterstützender Schulungsbedarf vorhanden ist. Auch bei der Betrachtung dieses Haushaltstitels dürfen wir die Rahmenbedingungen nicht außer Acht lassen. Die Bevölkerung Bayerns wächst und wächst. Es kommt hinzu, dass sie immer mehr in die Ballungsräume hineinwächst.

Das kann nicht im Umkehrschluss heißen, dass die Polizeidienststellen auf dem Land geschlossen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen – es ist mehrmals erwähnt worden –, dass der Überstundenberg der Polizistinnen und Polizisten massiv anwächst. Darum unterstützen wir GRÜNEN das Vorhaben, neue Polizistinnen und Polizisten einzustellen, obwohl wir natürlich wissen, dass damit zunächst einmal nur die umfangreichen Pensionsabgänge abgedeckt werden. Wir wissen auch, dass der Beschluss zur Einstellung zusätzlicher Beamtinnen und Beamter nicht dazu führt, dass die Polizistinnen und Polizisten morgen weniger zu tun hätten; denn wie wir alle wissen, müssen die Beamtinnen und Beamten erst einmal ausgebildet werden. An einer Aufgabenkritik – sprich: der Entlastung der Polizei von gewissen Aufgaben – kommen wir nicht vorbei. Dieses Erfordernis hat die CSU anscheinend immer noch nicht begriffen, obwohl wir darüber in den Ausschüssen intensiv diskutieren.

Der jüngste Einsatz, den Innenminister Herrmann mit stolzgeschwellter Brust verkündet hat, konterkariert die Maßnahmen zur Entlastung der Polizei. Sie schicken jetzt freiwillig Landespolizistinnen und Landespolizisten zu Grenzkontrollen, obwohl dies nicht Landesaufgabe ist. Damit wird das Ziel, den Überstundenberg abzubauen, konterkariert. Und ganz nebenbei, Herr Herrmann: Don't touch my Schengen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Sicherheitspolitischer Offenbarungseid!)

Wir GRÜNEN wollen eine Politik der inneren Sicherheit, die die Bürgerrechte schützt, Sicherheit gibt und die Freiheit bewahrt. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Wittmann von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt ein Haushalt vor, der in seiner Wucht, was seinen Umfang betrifft, aber auch in seinen Möglichkeiten, sich zu steigern, in der Bundesrepublik Deutschland einzigartig sein dürfte. Wir haben für die Stärkung der inneren Sicherheit 9,2 Milliarden Euro in den Doppelhaushalt eingestellt. Für das kommende Jahr ist eine Steigerung um 150 Millionen Euro vorgesehen, für das Jahr darauf eine weitere Steigerung, dann um 157 Millionen Euro. Das sind Beträge, die andere Bundesländer nicht schultern könnten – und nicht schultern wollen! –, wenn es um die innere Sicherheit geht.

(Beifall bei der CSU)

Der Einzelplan 03 A ist für uns ein Personalhaushalt. Wir erreichen eine Personalausgabenquote von 82 %. Damit setzen wir genau das richtige Zeichen für unsere großartigen Polizeibeamten. Wir investieren in sie, weil sie die Garanten unserer Sicherheit sind. Sie müssen in Zukunft auch – das sage ich insbesondere Ihnen, Frau Kollegin Schulze – die Garanten der Sicherheit an unseren Grenzen sein, weil die anderen Grenzsicherungsmaßnahmen nicht greifen. Wenn es so weitergehen würde, wäre dies für die Entwicklung der inneren Sicherheit in unserem Lande bedenklich.

(Beifall bei der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): In Europa müssen die Außengrenzen geschützt werden, nicht die inneren Grenzen!)

– Mich interessieren die Außengrenzen Europas erst dann, wenn sie wirklich geschützt sind, Frau Kollegin. Ich bin für den Schutz der bayerischen Bevölkerung zuständig.

(Beifall bei der CSU)

Gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung wird meine Fraktion diese Aufgabe in den nächsten Jahren wie auch schon in den vergangenen Jahren sehr verantwortungsvoll wahrnehmen, meine Damen und Herren.

(Karl Freller (CSU): Sehr wohl!)

Wir haben in den letzten acht Jahren im Polizeibereich 3.500 Stellen geschaffen – 3.500!

(Susann Biedefeld (SPD): Wie viele haben Sie vorher abgebaut?)

– Frau Kollegin, auf Ihren Zwischenruf habe ich die richtige Antwort parat:

(Harald Güller (SPD): Eine Antwort wäre besser!)

Was meinen Sie, wie viele Überstunden weniger unsere Polizei hätte, wenn sie nicht in Nordrhein-Westfalen, wo Sie an der Regierung sind, aushelfen müsste?

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Ich bin für Bayern zuständig! –

Harald Güller (SPD): Sie haben doch Stellen abgebaut! – Susann Biedefeld

(SPD): Antworten Sie lieber darauf! – Harald Güller (SPD): Antworten, nicht Platt-

itüden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Die Antwort heißt, dass wir 3.500 Stellen schaffen, während Sie dort, wo Sie, Herr Güller, mit Ihrer Partei Verantwortung tragen, Stellen auf Kosten und zulasten der bayerischen Polizei abbauen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist eine Unverschämtheit von der SPD! Das ist doch gelogen!)

Um gleich auf das Thema Verfassungsschutz zu kommen: Ja, wo sind wir denn eigentlich? – Wir sollen nach Ihrer Auffassung keine V-Leute mehr haben, wir sollen den Verfassungsschutz abbauen. – Das Gegenteil werden wir tun, meine Damen und Herren. Wir werden in den nächsten zwei Jahren bei der Polizei und beim Verfassungs-

schutz 1.000 neue Stellen schaffen; denn wir brauchen deren Arbeit, um die terroristische Gefahr für unsere Bevölkerung abwehren zu können. Ich bin verdammt froh und dankbar dafür, was der Verfassungsschutz in den letzten Monaten geleistet und womit er uns wirklich geholfen hat.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Warum ist Bayern das sicherste Land in Deutschland? Warum – das haben wir schon gestern gehört – stimmen die Leute mit den Füßen ab und kommen nach Bayern? – Weil sie sich hier nicht nur wegen der Landschaft – dazu kommen wir an diesem Tag noch später –, sondern vor allen Dingen auch aufgrund der Sicherheit wohlfühlen: Hier können die Menschen abends noch U-Bahn fahren. Hier können die Menschen abends noch nach Hause gehen. Auch Frauen sind hier geschützt. Das ist in den Ländern, in denen Sie regieren – ich sage nur: Kölner Domplatte –, weiß Gott nicht mehr der Fall.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir sorgen für die Zukunft vor. Wir bauen jetzt nicht nur einfach Stellen auf. Wir bauen Stellen in der Ausbildung auf. Wir bauen 500 Stellen für temporäre Polizeivollzugsbeamte und weitere 500 dauerhafte Planstellen auf, meine Damen und Herren. Das ist zukunftsgerichtete Arbeit im Polizeibereich. Ich danke der Bayerischen Staatsregierung dafür, dass sie dies in so kraftvoller Art und Weise fortsetzt.

(Beifall bei der CSU)

Aber nicht nur dies, meine Damen und Herren. Wir brauchen in der staatlichen Verwaltung weitere Stellen; denn die Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge und Asylanten nötigt uns sehr viel Kraft ab. Sie wissen, dass dieses nirgendwo so gut funktioniert wie in Bayern – das haben wir gestern bereits gesprochen. Es gibt 71 neue Stellen in den Landratsämtern. Wir hoffen, dass wir vor Ort gut unterstützen können; denn genau die Arbeit der Landratsämter werden wir brauchen.

Ich komme auch noch zum Thema Verwaltungsgerichtsbarkeit. Ich bin völlig bei Ihnen. Wir alle wären froh, wenn wir überall noch mehr Stellen schaffen könnten. Sie wissen aber, dass dies eine Frage des Haushalts ist. Wir werden den Haushalt weiterhin verantwortungsvoll gestalten. Dennoch haben wir im Nachtragshaushalt 2016 26 neue Stellen im Verwaltungsgerichtsbereich geschaffen. In diesem Doppelhaushalt haben wir weitere 7 Stellen vorgesehen. Aber nicht nur dies. Wir werden vor allem beim Finanzminister – ich darf den Staatssekretär an dieser Stelle streng anblicken – weiter darum kämpfen, 21 Stellen aus dem Stellenpool zu bekommen. Ich glaube, unter diesen Umständen werden wir auch in diesem Bereich gut aufgestellt sein, wenn wir gleichzeitig, zumindest was die syrischen Flüchtlinge betrifft, vom sogenannten subsidiären Schutz ausgehen können und auf diese Art und Weise Verwaltungsverfahren sparen können. Meine Damen und Herren, so werden wir auch dieses Problem in den Griff bekommen, und zwar besser als in den anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben völlig zu Recht angesprochen, dass unsere ohnehin ausgezeichnet arbeitende bayerische Polizei weiter Motivation und Belohnung bedarf. Da bin ich ganz bei Ihnen. Gerade wenn es um Überstunden und Ähnliches geht, müssen wir dafür dankbar sein, mit welcher Kraft und vor allem mit welcher Empathie unsere Polizei ihren Dienst für unsere Bevölkerung leistet. Genau deswegen haben wir im neuen Doppelhaushalt allein in der Inneren Verwaltung, wo sehr, sehr viel zugearbeitet und geleistet werden muss, Stellenhebungen in Höhe von 1,3 Millionen Euro vorgesehen. Das sind über 500 Stellenhebungen. Wir hoffen, dass wir damit für unsere Polizei ein Zeichen setzen können.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Thema kommen. Die Erstattungen für Leistungen im Rahmen von Berg-, Höhlen- und Wasserrettung werden wir im Jahr 2017 auf 7,3 Millionen Euro und im Jahr 2018 auf 5,7 Millionen Euro erhöhen. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass die rettungsdienstliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger weiterhin gewährleistet bleibt. Dazu kommen Investitionsprogramme für

den Katastrophenschutz und für den Hochwasserschutz – neben den beim Umweltministerium angesiedelten Programmen. Meine Damen und Herren, der Schutz unserer Bürger auch vor klimatischen Katastrophen ist für uns eine wichtige Aufgabe. Das Sicherheitskonzept der Bayerischen Staatsregierung zeigt, dass wir diesen Schutz auch bieten, auch was die Warnsysteme betrifft.

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt kommen, den Sie angesprochen haben, nämlich die Handfunkgeräte. Meine Damen und Herren, was Sie betreiben, ist Augenwischerei. Man braucht Handfunkgeräte im Verhältnis eins zu eins für diejenigen, die im Dienst sind. Das ist sichergestellt.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

– Ich habe das Wort, nicht Sie! Sie haben nicht das Wort, Frau Biedefeld, das habe ich.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Aber Sie können mir das Wort nicht verbieten!)

Die Handfunkgeräte sind dafür im Verhältnis eins zu eins vorhanden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Biedefeld, Sie sollen hier nicht dauernd Zwischenrufe machen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Aber sie darf doch Zwischenrufe machen!)

Mechthilde Wittmann (CSU): Ich komme an diesem Punkt kurz auf das Thema Schleierfahndung zu sprechen. Wir haben aufgestockt und sind in die Fläche entlang der Grenze gegangen. Auch dies funktioniert.

Sie haben das Sportförderwesen angesprochen. Wir haben schlicht eine etwas andere Schwerpunktsetzung als Sie. Die Vereinspauschale kann gehalten werden. Sie wissen, dass allein schon mittels der Übungsleiterlizenzen jeder Verein eine ganz andere Schwerpunktsetzung vornehmen und damit Mittel akquirieren kann. Die Vereine wer-

den sich zu helfen wissen und werden mittels der Übungsleiterlizenzen mit den Förderereinheiten zurechtkommen – das können wir jedenfalls hoffen. Wir haben Schwerpunkte auch bei den Kosten für das Landesleistungszentrum und die Bundesstützpunkte gesetzt; denn wir wollen bei uns in Bayern den Leistungssport weiter fördern. Wir wissen: Wir haben ausgezeichnete Sportler. Auch diese brauchen unsere Unterstützung. Diese werden wir leisten, und zwar neben diversen anderen Maßnahmen, die wir im Bereich der Sportstätten nun vorhaben.

Ein letzter Punkt. Die Hochbauausgaben werden ebenfalls steigen: 55 Millionen Euro für 2017 und noch einmal 60 Millionen Euro für 2018, meine Damen und Herren. Ich glaube, dies ist ganz wichtig. Ich gebe Ihnen auch da recht. Die Sanierung der Gebäude, also der Umgebung, in der unsere Beamten arbeiten, ist eine ganz wichtige Aufgabe für uns. Deswegen werden wir auch hierfür Mittel einstellen und die Sanierungsmaßnahmen weiter umsetzen.

Meine Damen und Herren, unser Dank gebührt nicht nur den Polizeibeamtinnen und -beamten, die sowohl in der Fläche als auch im inneren Dienst großartige Arbeit leisten. Allen 52.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt dieser Dank. Ich möchte noch ausdrücklich meinen Dank an das Ministerium und an diejenigen Ministerien hinzufügen, die diesen Haushalt aufgestellt haben. Das ist ein Kraftakt, der zeigt, dass die Sicherheit nirgendwo so gut ist wie bei uns in Bayern und in unseren Händen gut aufgehoben ist. Deswegen werden wir so weiterfahren. Danke, dass Sie dies mit einer soliden Haushaltspolitik verbinden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Biedefeld hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Biedefeld (SPD): Kollegin Wittmann, zunächst ist an mir vorbeigegangen, dass wir die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags geändert haben und dass

Zwischenrufe inzwischen untersagt sind. Ich lasse mir von Ihnen nicht das Wort verbieten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Biedefeld, ich habe keinen Zwischenruf untersagt. Lesen Sie einmal § 110 der Geschäftsordnung.

Susann Biedefeld (SPD): Ich habe mich auf die Aussage von Kollegin Wittmann bezogen, nicht auf Sie als Vizepräsident. Ich habe dezidiert Kollegin Wittmann angesprochen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich habe Sie darauf hingewiesen, dass § 110 der Geschäftsordnung zu beachten ist. Mehr ist jetzt nicht zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben das Wort und können Ihre Zwischenbemerkung machen. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): Wir wissen ja, dass in allen anderen Bundesländern alles schlechter ist, die das alles nicht können und die ihren Aufgaben nicht nachkommen, Bayern aber schon.

(Mechthilde Wittmann (CSU): Ja; das ist schade, aber es ist so! – Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das stimmt auch!)

Statt dass andere Bundesländer niedergemacht und beschimpft werden, hätte ich lieber von Ihnen gerne eine Antwort bekommen. Sie sagen: plus 3.500 Stellen. Sagen Sie doch bitte schön einmal, wie viele Stellen in den Jahren zuvor abgebaut worden sind.

(Zuruf von der CSU: Null!)

– Das stimmt doch gar nicht! Vom Innenministerium gibt es aufgrund von Anfragen ganz klare Zahlen. Wer liest, ist im Vorteil. Das war schon immer so.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wie viele Stellen sind abgebaut worden? Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind in Pension gegangen? Eine Antwort darauf hätte man von Ihnen erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Zu etwas anderem: Sie tun so, als ob die Bundespolizei keine gute Arbeit leisten würde. Auch die Bundespolizei leistet eine gute Arbeit, auch an unseren Grenzen in Bayern. Ich sage Ihnen: Bei der Bundespolizei wurden in Verantwortung des CSU-Innenministers Friedrich – er war von März 2011 bis Dezember 2013 Bundesinnenminister – 1.600 Stellen abgebaut – nur so viel zur CSU-Politik und inneren Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zum Schluss noch die Baumaßnahmen angesprochen. Vielleicht könnten Sie etwas dazu sagen, wie wir trotz der enormen Investitionen den vorhandenen Investitionsstau abbauen wollen. Dieser besteht gerade auch im Bereich der Polizei. Hier sind zahlreiche Maßnahmen notwendig. Laut Innenminister Herrmann wären jährlich 80 Millionen Euro notwendig, um die notwendigen Maßnahmen abzuarbeiten und den Investitionsstau sukzessive zurückzufahren bzw. nicht aufwachsen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Biedefeld. Frau Kollegin Wittmann, Sie haben das Wort.

Mechthilde Wittmann (CSU): Frau Kollegin Biedefeld, ich fange bei Ihrem letzten Punkt an. Ich gebe Ihnen hier vollumfänglich recht. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, wenn wir den Investitionsstau und die Hochbaumaßnahmen verstärkt angehen könnten. Wenn wir den Änderungsanträgen der Gesamt-Opposition zustimmen würden, dann bliebe uns weder ein Cent für den Hochbau noch könnten wir den Stel-

lenaufwuchs bei der Polizei bestreiten. Vor allem müssten wir wieder Schulden machen. Das werden wir nicht tun. Wir müssen weiterhin verantwortungsvoll für die Zukunft planen. Deshalb werden wir diese wichtige Aufgabe sukzessive und Stück für Stück angehen, auch wenn wir uns das Ganze etwas schneller wünschten.

Zum Thema Bundespolizei sei gesagt: Wenn die CSU alleine regiert hätte, dann hätte es anders ausgesehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Ihr Minister!)

Genauso ist es. Aber wir waren in einer Großen Koalition, nicht wahr? – Wir waren in einer Großen Koalition, und Sie wissen ganz genau, was dann angesagt ist. Deswegen hat sich das, was Sie uns aufdrängen, durchsetzen müssen. Das müssen wir auch in anderen Ländern unter Ihrer Regierung ertragen. Das geht zulasten unserer Polizei. Das ist keine erfreuliche Wirkung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch Schwarz-Gelb! Das waren die schwarz-gelbe Regierung und Ihr Minister!)

Aber es ist unsere Chance, genau dies weiterzuverfolgen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das waren die schwarz-gelbe Regierung und Ihr Minister!)

– Zwischenrufe sind jederzeit herzlich willkommen, nicht aber das Überschreien von Redebeiträgen. – Schließlich und endlich komme ich zum Thema Stellenabbau. Das ist eine sehr einfache Sache. Wir haben in den letzten acht Jahren 3.500 Stellen aufgebaut. Davor – da gebe ich Ihnen recht – haben wir über einige Jahre nicht aufgebaut. Aber wir haben auch keine Stellen abgebaut. Das ist genau die Lüge, die Sie nach außen hin verbreiten.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist niemand in Pension gegangen?)

Wir haben eben nicht abgebaut. Die Stellenzahl blieb auf einem stetigen Stand, und dieser war konsolidiert. Anschließend wurde in hohem Maße ein Stellenaufbau vollzogen. Meine Damen und Herren, warum ist das so? – Das ist so, weil die Notwendigkeiten im Bereich der bayerischen Polizei größer geworden sind. Warum sind diese größer geworden? – Die Notwendigkeiten sind größer geworden, weil eine Anzahl von Menschen in unser Land gekommen ist, von denen wir teilweise nicht einmal wissen, wer sie sind. Dies haben sicherlich nicht wir von der CSU zu verantworten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Strobl von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns wieder ein bisschen ruhiger werden. Die Aufgaben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die sich aus dem Einzelplan 03 B ergeben, sind sehr vielfältig. Um sich den Umfang der Aufgaben einmal bewusst zu machen, sei Folgendes gesagt: Von den Dienststellen der Staatsbauverwaltung werden rund 16.000 Gebäude und sonstige Bauwerke des Staates oder mit staatlicher Baupflicht, ergänzt um 13.000 Gebäude und sonstige Bauwerke des Bundes und Dritter, betreut. Außerdem werden 2.500 km Bundesautobahnen, rund 6.500 km Bundesstraßen, rund 14.400 km Staatsstraßen und rund 3.100 km Kreisstraßen betreut. Außerdem befinden sich Schlösser, Burgen, Kirchen, Klöster, Universitäten, Ämter, Polizeigebäude, JVA's, Feuerwehren, Schulen, Theater usw. im Besitz des Freistaates. Deswegen haben wir es im Haushaltsausschuss immer wieder mit Hochbauvorlagen zu tun. Leider müssen wir feststellen, dass die Sparpolitik Stoibers nachwirkt. Diese wurde von Ihnen über Jahre hinweg hoch gelobt und auch mitgetragen. Wir haben die Kürzungen oft kritisiert. Jetzt stellt sich genau das heraus, was wir immer gesagt haben. Wir haben immer gesagt, dass das alles nichts, und zwar überhaupt nichts, mit Sparen zu tun hat. Jetzt fallen nämlich Mehr-

kosten an, die uns im Haushalt belasten. Ich sage Danke Edmund Stoiber, Danke CSU für dieses Kuckucksei.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Josef Zellmeier (CSU): Das ist eine völlige Fehleinschätzung!)

– Ja, jeder schätzt die Dinge ein bisschen anders ein. Man kann auch die Augen zumachen. – Über Jahre hinweg wurde gespart beziehungsweise gekürzt, und zwar um jeden Preis. Natürlich werden wir anstehende Renovierungsarbeiten mittragen. Aber manchmal wäre es besser, Renovierungsarbeiten laufend vorzunehmen, anstatt über Jahre nichts zu tun. Dann stellt man nämlich auf einmal fest, dass der Renovierungsbedarf stark angestiegen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wer ein Häuschen hat, der weiß ein Lied davon zu singen. Wenn ich über Jahre nichts renoviere, kann es passieren, dass es mir irgendwann durchs Dach regnet. Dann muss ich für Reparaturen natürlich viel mehr ausgeben. Beim Staat ist es nicht anders. Wir müssen deshalb oftmals leider feststellen, dass es Nachträge gibt. Diese sind oft auch nachvollziehbar. Jedoch sind diese durch einen langjährigen Renovierungsstau meist selbst verschuldet.

Dementsprechend ergeben sich auch die anfallenden Mehrkosten. Die Nachträge sind für uns immer wieder ein Ärgernis. Solche Beispiele gibt es im Bereich der Universitäten, bei den Schlössern und bei anderen Gebäuden im Besitz des Freistaates. Es ist zum Beispiel nicht verständlich, dass die Außenanlagen des Schlosses Linderhof nicht laufend renoviert werden konnten. Das hätte man schon längst immer wieder machen können. Auch bei den Universitäten gibt es immer noch einen großen Renovierungsstau. Dieser kann erst nach und nach abgebaut werden. In Regensburg hat sich beispielsweise ein Renovierungsstau von mehreren hundert Millionen Euro angesammelt.

Nicht viel anders sieht es bei den Staatsstraßen aus. Seit 2011 besteht ein Sanierungs- und Investitionsbedarf. Dieser ist durch Substanzverzehr sogar noch angewachsen. Durch die gute Konjunktur sind Tiefbauleistungen teurer geworden. Auch bei den Brücken in unserem Freistaat hat sich einiges an Renovierungsstau angesammelt. Deshalb müssen die erforderlichen Mittel angehoben werden. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass das, was sich angesammelt hat, auch eine versteckte Verschuldung ist.

Für Baumaßnahmen brauchen wir natürlich entsprechendes Personal in der Bauverwaltung. Wir müssen feststellen, dass der Personalstand bei den zuständigen staatlichen Bauämtern und Hochbauämtern um 910 Stellen zurückgegangen ist. Dies bedeutet für die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der staatlichen Bauämter und Hochbauämter eine Doppelbelastung. Sukzessive weniger Mitarbeiter haben ein steigendes Arbeitspensum zu bewältigen. Erschwerend kommt hinzu, dass gegenwärtig zwar 6.741 Stellen rechnerisch besetzt werden konnten, tatsächlich aber nur 6.461 Stellen besetzt sind. Angesichts dieser Gemengelage verwundert es nicht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der staatlichen Bauämter und Hochbauämter Ende 2015 knapp 100.000 Überstunden angesammelt hatten.

Am 10. Juni 2015 fasste der Landtag wegweisende Beschlüsse in Sachen Radverkehrspolitik, um den Freistaat Bayern zum Fahrradland Nummer eins in Deutschland zu machen. Das Fahrrad wird heute von vielen Menschen nicht nur als Sportgerät oder in der Freizeit eingesetzt, sondern auch für die Fahrt zur Arbeitsstätte. Es ist ein Wirtschaftsfaktor und spielt im Tourismus eine große Rolle. Radwege steigern die Verkehrssicherheit. Deshalb müssen die Mittel für zusätzliche Radwege entlang von Staatsstraßen erhöht werden. Die Radwege müssen aber auch miteinander verbunden sein. Es nützt nichts, wenn diese auf schönen Landkarten eingezeichnet sind. Sie müssen auch tatsächlich existieren und miteinander verbunden sein. Was nützt es, wenn es zwar einen Radweg entlang einer Staatsstraße gibt, dieser aber plötzlich aufhört?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen auch Fahrradabstellanlagen beziehungsweise Fahrradstationen an Bahnhöfen. Es ist anzuerkennen, dass die Staatsregierung das Abschöpfen von EU-Mitteln für den Ausbau der Barrierefreiheit von Bahnhöfen beabsichtigt. Wenn wir aber beim Thema Barrierefreiheit so weitermachen wie bisher, bedeutet dies, dass bis zur kompletten Sanierung aller Bahnhöfe in Bayern noch 20 Jahre ins Land gehen. Ich habe also Probleme, dies noch zu erleben.

Noch etwas zu den Bahnhöfen: Der Zustand mancher Bahnhöfe und Züge macht dem Tourismusland Bayern keinerlei Ehre. Da könnte einiges verbessert werden. Es gibt inzwischen Initiativen, aufgelassene Schienenstrecken wieder in Betrieb zu nehmen. Hierzu haben wir ebenfalls einen Antrag eingereicht, welcher entsprechende Mittel einforderte.

Noch immer agiert der Freistaat Bayern sehr zögerlich, wenn es um die Förderung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums geht, obwohl Ihnen bekannt ist, dass sich gerade in den Ballungszentren und Metropolregionen die Wohnungsnot immer weiter verschärft. Darauf hat vor allem unser wohnungspolitischer Sprecher Andreas Lotte immer wieder hingewiesen. Seit die Staatsregierung im vergangenen Herbst den Wohnungspakt Bayern beschlossen hat, wurde von verschiedenen Seiten, von den Kommunen und der Bauwirtschaft, angemahnt, dass die darin enthaltenen Maßnahmen trotz positiver Ansätze bei Weitem nicht ausreichen, um in Bayern in den kommenden Jahren die Wohnungsnot in den Griff zu bekommen. Wir sprechen unserem Parlamentarischen Staatssekretär Florian Pronold Dank dafür aus, dass er durch seine Arbeit in Berlin mehr Bundesmittel für die Städtebauförderung und den Wohnungsbau durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Der "Wohnungspakt Bayern" wird vom Bund finanziert, während sich die Staatsregierung aus der Verantwortung stiehlt; der Bund hat seine Mittel zuvor verdreifacht. Be-

reits im Herbst 2015 hatte unsere Landtagsfraktion die Staatsregierung aufgefordert – zu dieser Zeit haben wir noch nichts von Flüchtlingen gehört –, in den kommenden fünf Jahren in den bayerischen Ballungsräumen und Boom-Regionen zusätzlich 100.000 bezahlbare Wohnungen zu schaffen, um den Bedarf einigermaßen decken zu können.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

– Regen Sie sich ein anderes Mal auf!

Unsere Unterstützung hätten Sie, wenn es um den Wohnungsbau geht. Unsere Unterstützung hätten Sie auch, wenn es um die Umsetzung der anderen Vorschläge bzw. Forderungen und um die verstärkte Sanierung staatlicher Gebäude geht. Unsere Unterstützung hätten Sie eigentlich immer dann, wenn es darum geht, unser schönes Bayern, das es schon lange vor der CSU gab, voranzubringen. Es stünde Ihnen aber auch gut an, unsere Vorschläge und Anträge aufzunehmen und umzusetzen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Harald Güller (SPD): Bravo! – Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler, schön, dass Sie heute Ihre Unterrichtsstunde in den Bayerischen Landtag verlegt haben.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, wir sprechen nicht zu den Zuhörern auf der Tribüne, sondern nur zu den Kolleginnen und Kollegen im Plenum.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Aber es ist doch gestattet, einen guten Morgen zu wünschen. – Substanzerhalt ist Schuldenabbau. Herr Innenminister und Herr

Staatssekretär, es mag sein, dass der Einzelplan 03 B nicht der spannendste ist. Aber er ist wichtig. Es geht nicht darum, Hochglanzbroschüren zu drucken, sondern darum, die Substanz zu erhalten. Investitionen in die Schienen und den Straßenverkehr sind notwendig, weil die Strecken dann leistungsfähiger und nutzerfreundlicher werden. Die Investitionen in Gebäude sind in Bezug auf die Energieeffizienz für künftige Generationen gut. Schauen Sie sich diesen Haushaltstitel und die Investitionen in die Staatsstraßen an. Unser Fraktionsvorsitzender bemüht sich immer um tolle Vergleiche, was die Staatsstraßen angeht. Gestern hat er vom Holpern auf Staatsstraßen gesprochen. Tatsächlich sind in den Landkreisen und Gemeinden die Straßen in einem besseren Zustand.

Seit Ihrem ausgeglichenen Haushalt von 2003, den Sie mitverantworten müssen, haben Sie es bis zum heutigen Tag nicht geschafft, die Ihnen vom Obersten Rechnungshof vorgegebenen Summen in die Staatsstraßen zu investieren. Diese Mittel bleiben Sie nach wie vor schuldig. Wir liegen jetzt bei 270 Millionen Euro, müssen aber immer noch 700 Millionen Euro in den Substanzerhalt investieren. Das bedeutet für kommende Generationen eine hohe Verschuldung. Deshalb fordern wir Sie noch einmal auf, für den Erhalt der Staatsstraßen mehr zu tun; denn da bleiben Sie vieles schuldig.

Bei den Radwegen ist es zwar schön, dass wir immer wieder Programme in kommunaler Baulast aufstellen, die Sie mitverantworten müssen. Es ist aber unredlich, dass der Freistaat bei der jetzigen Haushaltslage nach wie vor Programme in kommunaler Baulast auflegt, entsprechende Haushaltstitel schafft, etwa wenn es um originäre Aufgaben der Kommune wie Radwege geht, und die Kommunen in einen Wettbewerb schickt. Das ist nicht in Ordnung. Statten Sie daher die originären Haushaltstitel wie den Radwegebau mit genügend Mitteln aus. Dann werden wir dem Begehren zustimmen. Sie können nicht reiche gegen arme Kommunen ausspielen; denn "in Baulast der Kommune" bedeutet – Sie wissen es genau –, dass die Kommune die Leistung des Freistaats zu 20 % übernimmt. Ihr Vorgehen ist unredlich; denn diese Leistung er-

bringt nicht der Freistaat, sondern die Kommune. Das ist jedoch nicht Aufgabe der Kommune, sondern des Freistaats. Diese Aufgabe liegt in Ihrer haushaltsgestalterischen Verantwortung.

Wir haben gestern auch über die Infrastrukturverkehrsgesellschaft gesprochen, die Sie in Berlin gründen wollen. In Bayern gibt es eine hervorragende Auftragsverwaltung. Jetzt mit Blick auf den neuen Bundesverkehrswegeplan auf die Idee zu kommen, eine neue Infrastrukturverkehrsgesellschaft zu schaffen, geht völlig an der Sache vorbei. Sie haben das als Fraktion in den letzten eineinhalb Jahren komplett abgelehnt. Ich frage mich, was jetzt aus Ihrer Haltung und Meinung geworden ist.

Wir FREIEN WÄHLER lehnen diese Infrastrukturverkehrsgesellschaft ab. Wir fordern eine Stärkung der Staatsbauverwaltung und hierfür mehr Personal. Da bleiben Sie genauso hinter der Verantwortung zurück. Der Bundesverkehrswegeplan wird Bayern stärken und vieles ermöglichen. Aber dazu brauchen Sie natürlich mehr Personal. Kommen Sie dieser Verantwortung nach, stärken Sie die Bauämter und setzen Sie die geplanten Maßnahmen um! Diskutieren Sie nicht über eine Infrastrukturgesellschaft, die Bayern aus unserer Sicht nie dienen wird!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

2013 hat der Herr Ministerpräsident an diesem Pult die Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr als Ziel bis zum Jahr 2023 genannt. Wir FREIEN WÄHLER haben Sie aufgefordert, sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung der Barrierefreiheit unsere Bahnhöfe deutlich nachzubessern. Setzen Sie Ihre Wahlversprechen endlich um und statten Sie die Bahnhöfe mit angemessenen Mitteln aus. In Oberfranken sind zum Beispiel die Bahnhöfe von Lichtenfels, Coburg und Kronach, also von Städten mit 25.000 bis 30.000 Einwohnern, von der Barrierefreiheit meilenweit entfernt. Kommen Sie daher der Nutzerfreundlichkeit endlich nach.

Sie haben in den Neunzigerjahren das Programm für Haltepunkte in Bayern mit Mitteln in Höhe von 90 Millionen DM auf den Weg gebracht, das ein Renner war. Kollege

Rotter thematisiert immer wieder, dass er in seinem Stimmkreis einen Bahnhalt hat, der bis heute über keinen Aufzug verfügt. Mit so einem Programm für Bahnhalte mit täglich unter 1.000 Ein- und Aussteigern könnten Sie einen Aufzug bekommen. Das ist ein notwendiger Schritt für die Infrastruktur.

Investieren Sie auch in Fahrradabstellanlagen. Wir freuen uns, dass Sie notwendige Maßnahmen erkannt haben. Aber es besteht noch deutlich mehr Handlungsbedarf.

Mit Blick auf die Diskussion über die Stammstrecke muss ich sagen: Ihr haushalts-technisches Vorgehen ist uns nicht nachvollziehbar. Im Jahr 2010 hat der damalige Wirtschaftsminister Zeil den Vertrag für den Ausbau der Stammstrecke unterschrieben. Für diese Maßnahme waren damals zwei Milliarden Euro fixiert. Geht man von 2010 bis heute von einer 4-prozentigen Preissteigerung aus, betragen die Kosten 2,5 Milliarden Euro. Was haben Sie jetzt vereinbart? – 3,8 Milliarden Euro. Diese 3,8 Milliarden Euro werden bei vielen anderen Infrastrukturprojekten in Bayern fehlen. Sie werden weder übrige GVFG-Mittel noch Regionalisierungsmittel zur Verfügung haben und in den nächsten 15 Jahren vom Bund maximal 750 Millionen Euro zurückbekommen. Die restlichen 750 Millionen werden die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats bezahlen müssen, eine Finanzierung fehlt. Es ist für uns unverständlich, jetzt von einem Erfolg zu sprechen, weil dieses Vorhaben im Prinzip zulasten künftiger Infrastrukturprojekte in ganz Bayern geht. Man kann für das Projekt sein, aber nicht in dem Sinne, wie Sie haushälterisch verhandeln. Das ist völlig unseriös, weil in Bayern andere Projekte auf der Strecke bleiben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren ist es völlig unverständlich, dass Sie kein Interesse daran haben, Gebäude energetisch zu sanieren. Darin sollte der Freistaat mit 8.000 Liegenschaften Vorbild sein. Auch auf diesem Gebiet ist noch deutlich mehr zu liefern.

Der Bauunterhalt ist eine Nullnummer. Es ist völlig unverständlich, dass sich der Freistaat Bayern beim Bauunterhalt völlig aus der Verantwortung zieht und keinen einzi-

gen Haushaltstitel dafür geschaffen hat. Seit dem ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2003 sind die Wohnraumfördermittel auf 150 Millionen Euro eingefroren. Derzeit fehlen 100.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und Mittel für die Umsetzung der Barrierefreiheit. Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Die seit 13 Jahren von diesem Pult aus geäußerten Mahnungen wollen Sie einfach nicht hören. Der Wohnungsmarkt hat sich verschärft. Wir hatten Mittel für 32.000 Wohnungen, die Sie einfach hätten verwenden müssen. Sie haben für den Wohnungsbau nichts übrig. Sie verstehen nicht, wie der soziale Wohnungsbau gestaltet werden muss.

Wenn man Bayern gleichwertiger und gerechter machen will, muss man auch die Oberste Baubehörde mahnen. Meine Mahnung richtet sich ebenfalls an die CSU-Haushaltspolitiker. Sie sollten sich überlegen, welchen Anträgen Sie zustimmen. Sie haben der Errichtung der Mensa in Garching für 40 Millionen Euro – das passte auf ein DIN-A4-Blatt – zugestimmt. Ich war in der Sondersitzung der Obersten Baubehörde, an der 30 Ingenieure teilgenommen haben. Architekten aus Bayern haben erklärt, warum die Mensa in Garching so teuer ist. Diese Mensa kostet pro Quadratmeter 6.900 Euro. In Deutschland werden Sie keine Mensa finden, die mehr als 3.300 Euro pro Quadratmeter kostet. In Garching geben wir jedoch mit dicken Hosen pro Quadratmeter 6.900 Euro für die Mensa aus.

Der Umbau des Gärtnerplatztheaters wurde auf 70 Millionen Euro geschätzt, hat aber 98 Millionen Euro gekostet. Sie stimmen großzügig zu.

Für den Obersalzberg waren ursprünglich 14 Millionen Euro vorgesehen, Sie haben Kosten in Höhe von 21 Millionen Euro zugestimmt.

Als Architekt sage ich Ihnen: Architekten werden an den Baukosten gemessen, die sie einer Stadt oder Kommune vorlegen. Die Haushaltspolitiker haben jedoch immer wieder große Spendierhosen an. Wenn derartige Baukosten auf den Tisch gelegt werden, erwarte ich von einem Haushaltspolitiker, dass er nachfragt und sich mit der Sache befasst. Er sollte nicht gleich nachgeben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege, Sie sollten in den Haushaltsausschuss gehen!)

Damals haben die Kollegin Aures und ich die Ausschreibung für die Fassade des Neubaus aufheben lassen, weil die Kosten über 100 % gestiegen sind. Jetzt steht das Gebäude mit seiner Fassade. Manchmal ist es notwendig, dass Haushaltspolitiker mehr nachfragen und nicht immer nur zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Mistol von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Fachtagung des Verbands der Wohnungswirtschaft – VdW – Mitte Oktober in Reit im Winkl haben Sie, Herr Staatsminister Herrmann, mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen der bayerischen Wohnraumförderung zur Vorfahrt für den Wohnungsbau aufgerufen. Schaue ich mir jedoch die Entwicklung der Haushaltsmittel für die Wohnraumförderung im aktuellen Doppelhaushalt an, kann beim Wohnungsbau nur von Stop-and-go die Rede sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits im Jahr 2014 haben Sie pünktlich zur Kommunalwahl unter dem Motto "Durchstarten beim Wohnungsbau" das Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen und die Landesmittel auf 210 Millionen Euro angehoben. Doch statt die Erhöhung der Mittel zur Wohnraumförderung zu verstetigen, haben Sie im gleichen Jahr schon den Rotstift angesetzt und ordentlich gekürzt. Mit dem Wohnungspakt Bayern haben Sie wieder einmal ein klares Signal für die Ausweitung des staatlich geförderten Wohnungsbaus ausgesendet. Bis zum Jahr 2019 sollen 28.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen entstehen. Geht man jedoch von einem jährlichen Bedarf von 70.000 Wohnungen in Bayern aus – wir schaffen nur 54.000 Wohnungen –, sind das im Rahmen des Woh-

nungspakts Bayern 7.000 Wohnungen pro Jahr. Damit werden lediglich 10 % der Wohnungen, die wir in Bayern brauchen, öffentlich gefördert. Das ist aus unserer Sicht viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, allein in diesem Jahr sollen 2.500 Mietwohnungsneubauten gefördert werden. In den Folgejahren soll diese Zahl auch noch kontinuierlich erhöht werden. Zwar sind die Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 26,8 % gestiegen und im Rahmen der staatlichen Wohnraumförderung 731 Mietwohnungen mehr bewilligt worden, jedoch kann man trotz der positiven Entwicklungen nicht von einem Durchbruch sprechen.

Alles in allem ist man von den ambitionierten Zielen neuer staatlich finanzierter oder geförderter Mietwohnungen im Rahmen des Wohnungspakts noch weit entfernt. Allerdings können diese Wohnungen nicht über Nacht entstehen. Der soziale Wohnungsbau wurde in den letzten zehn Jahren viel zu sehr vernachlässigt. Das lässt sich auf die Schnelle nicht aufholen.

Entscheidend ist, dass der Wohnungspakt nicht auf vier Jahre begrenzt bleibt. Die Fördermaßnahmen müssen evaluiert und weiterentwickelt werden. Das gilt insbesondere für die zweite Säule, von der die Kommunen profitieren. Die Kommunen haben gemerkt, dass das ein gutes Instrument ist, obwohl sie am Anfang sehr skeptisch waren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNE fordern daher eine Aufstockung der Landesmittel zur Wohnraumförderung im aktuellen Doppelhaushalt. Darüber hinaus brauchen wir sozial flankierende Maßnahmen, um stabile Nachbarschaften und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Deshalb wollen wir gleichzeitig eine Aufstockung der

Mittel für das bewährte Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt". Wohnraum- und Städtebauförderung sollen sich aber nicht alleine auf die Ballungsräume konzentrieren. Damit auch kleine Städte und Gemeinden im ländlichen Raum angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels von städtebaulichen Fördermaßnahmen profitieren können, wollen wir GRÜNE zudem eine Aufstockung des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufgrund seiner Vielseitigkeit und Flexibilität eignet es sich besonders, um Leerstände in Ortszentren und in Konversionsliegenschaften wieder für eine Wohnungsnutzung und damit für einen Zuzug attraktiv zu machen. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, kürzen hingegen im aktuellen Doppelhaushalt die reinen Landesmittel zur Wohnraumförderung auf rund 82 Millionen Euro im Jahr 2017. Das ist ein fatales Signal, zumal Sie, Herr Staatsminister Herrmann, auf dieser Tagung im Oktober in Reit im Winkl bestätigt haben, dass bereits für das Jahr 2017 eine steigende Nachfrage an Mitteln zur Wohnraumförderung zu verzeichnen ist. Auch für die folgenden Jahre ist mit einer sehr hohen Nachfrage zu rechnen. Der viel gescholtene Bund stellt hingegen in den nächsten beiden Jahren weitere 500 Millionen Euro Kompensationsmittel zur Verfügung, wobei allein auf Bayern pro Haushaltsjahr rund 198 Millionen Euro entfallen.

Während der Bund seine Hausaufgaben gemacht hat, lehnen Sie sich zurück. Sie untergraben das Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum im Freistaat zu schaffen, wenn Sie bei der Wohnraumförderung immer nur einen Schritt vor und gleich wieder zwei Schritte zurück gehen. Die Echternacher Springprozession ist eigentlich noch schneller als das, was Sie auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, nach dem Motto im Jahr 2014 "Durchstarten beim Wohnungsbau" und dem Motto im Jahr 2016 "Vorfahrt für den Wohnungsbau" werbe ich für

die Jahre 2017 und 2018 für das Motto "Wohnungsbau auf der Überholspur". Das brauchen wir. Herr Staatsminister, das Copyright für dieses Motto bekommen Sie erst, wenn Sie unseren Anträgen zugestimmt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Georg Winter von der CSU das Wort. Bitte schön.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! In Bayern haben wir ein Ministerium, das sich um die Infrastruktur und um die Hochbau- und Tiefbau-maßnahmen kümmert. Das ist erfreulich. Auf diese Weise wird die Zuständigkeit gebündelt. Vorweg darf ich sagen: Unabhängig von den anstehenden Reformen ist es unser Ziel und unser Anliegen, weiterhin eine kompetente und starke Bauverwaltung vorzuweisen, die für die Schaffung von Baurecht, für die Planung und die Umsetzung von Bauvorhaben bei all den großen Herausforderungen in unserem Lande zuständig ist. Wenn es nach uns ginge, bräuchten wir so manche Reform nicht durchzuführen. In diesem Fall würden mehr Kompetenzen bei den Ländern verbleiben.

(Beifall bei der CSU)

Gestern war der Föderalismus Thema in der Rede des Ministerpräsidenten. Deshalb sollten wir auf die Ursachen hinweisen. Trotzdem wird sich Bayern bei diesen Verhandlungen darum bemühen, dass möglichst viel Kompetenz bei uns bleibt und dass wir Optionen haben. Anders als andere Länder, die gerne die Aufgaben der Planung, des Baus und der Realisierung los wären, werden wir uns darum bemühen, diese Aufgaben so weit wie möglich selbst zu erledigen.

Ein paar Anmerkungen zu den Zahlen. In den Beratungen wurde gesagt, es sollte immer noch mehr sein. Die SPD und die FW haben noch mehr gefordert. Die GRÜNEN waren für eine totale Reduzierung, für einen totalen Stillstand. Wir liegen hier mit Maß in der Mitte. Das Ergebnis lautet: Dank der erfolgreichen Verhandlungen unseres

Ministerpräsidenten in Berlin gibt es mehr Regionalisierungsmittel. Das tut Bayern gut, vor allem dem Schienenverkehr. Wir haben mehr Mittel für die Städtebauförderung dank der Tatsache, dass sich die Große Koalition in Berlin in diesem Punkt einig ist. Außerdem werden unsere Ämter durch insgesamt 200 neue Beschäftigungsmöglichkeiten gestärkt.

Die Investitionen belaufen sich – ich beziehe mich auf das Jahr 2017 – auf 51 Millionen Euro. Für die Planungen bei Bundes- und Staatsstraßen beläuft sich die Summe mit der Fraktionsinitiative auf 45 Millionen Euro. Weitere 6 Millionen Euro werden über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt. Das sind tolle Weihnachtsgeschenke.

Man muss sich das einmal vorstellen: Der kommunale Finanzausgleich umfasst insgesamt die gigantische Größe von 8,9 Milliarden Euro. Nach dem Ergebnis vom Juli dieses Jahres gehen davon 3.313 Millionen Euro in die Schlüsselmasse. Dann gab es diesen herrlichen Einnahmerest in Höhe von 73,5 Millionen Euro. Der Gemeindetag hat sofort erkannt, dass dieses Geld gut wäre für die Infrastruktur. Der Städtetag hat darauf hingewiesen, dass es einen riesigen Bedarf bei den Kindergärten und den Schulen gebe, und dass dafür mehr getan werden sollte. Leider waren einige Verbände nicht bereit, dieses Geld für Investitionen zu verwenden. Stattdessen blieben sie bei ihrem Dogma, die Schlüsselmasse zu erhöhen, sodass der Anteil mit 6 Millionen Euro geringer ausgefallen ist.

Im Landtag und in der CSU-Fraktion gibt es die Übung, dass die Wünsche der kommunalen Spitzenverbände übernommen werden. Sollte es jedoch künftig zu Abweichungen kommen, dann wird die Stellungnahme bzw. die Zurückhaltung des einen oder anderen Verbandes sicherlich dazu führen, dass wir künftig darüber nachdenken werden, ob eine 99-prozentige Zustimmung zu den Vorschlägen der Spitzenverbände und eine Einbeziehung von 1 % Ideen des Landtags auch eine gute Lösung wäre. Wir wissen, dass das Einstimmigkeitsprinzip in der EU und im Länderfinanzausgleich Schwierigkeiten verursacht. Hier bleiben nur wenige Spielräume übrig.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage herzlichen Dank. Mein Kollege Rotter wird zu den weiteren Themen Stellung nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Würzburg, München, Ansbach, Georgensgmünd: In diesem Jahr mussten wir sehen, dass trotz der hervorragenden Arbeit, die die bayerische Polizei leistet, auch wir in Bayern nicht davor gefeit sind, dass schreckliche Verbrechen geschehen. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir im Bereich der inneren Sicherheit einen Schwerpunkt setzen. An dieser Stelle danke ich meinen Fraktionskollegen Eva Gottstein und Joachim Hanisch für ihren beharrlichen und hervorragenden Einsatz und dafür, dass wir bei der inneren Sicherheit nicht nur die Polizeibeamten und die Sicherheitskräfte loben, was ich hiermit auch tun möchte, sondern dass wir sie für ihre Arbeit auch mit den notwendigen Mitteln ausstatten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister Herrmann, mit Sicherheit fühlen Sie sich heute wesentlich wohler als vor zehn Jahren, als Sie als Fraktionsvorsitzender der CSU das Spardiktat von Edmund Stoiber bei der inneren Sicherheit verteidigen mussten. Heute können Sie, gestützt auf die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD, durchaus mit einer breiten Mehrheit dafür sorgen, dass wir für die innere Sicherheit mehr Geld ausgeben.

Damit komme ich zu den GRÜNEN: Wenn ihr solche abenteuerlichen Vorschläge wie die Abschaffung des Verfassungsschutzes macht, kann ich euch hier leider nicht nennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen an einigen Stellen noch eine deutliche Personalaufstockung. Als Beispiel nenne ich die Cybercops, die die Aufgabe haben, Verbrechen, die im Internet vorbereitet werden, zu verhindern. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Polizei in der Fläche präsent bleibt. Deswegen müssen wir kleine Polizeiinspektionen so stärken, dass in der Nachtschicht nicht die Situation entsteht, dass nur ein Mann auf der Wache bleibt und ein Mann auf Streife geschickt werden muss. Das wird weder dem objektiven noch dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Menschen gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Glauber hat bereits ausführlich darauf hingewiesen, dass wir bei der Infrastruktur einen erheblichen Nachholbedarf haben. Ich nenne als einziges Stichwort die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern, ein zentrales Anliegen der FREIEN WÄHLER, seit wir im Bayerischen Landtag sind und bereits vorher. Diese gleichwertigen Lebensverhältnisse werden nicht nur, aber im Wesentlichen durch eine gute Verkehrsinfrastruktur erreicht. Das betrifft die kommunalen Straßen, die Staatsstraßen und zukünftig auch die Bundesstraßen. Momentan sieht es so aus, dass die Bundesstraßen, auch die vierspurigen Bundesstraßen, komplett in die Verantwortung der Länder übergehen sollen. Hier müssen wir vom Bund mehr Geld einfordern; aber wir müssen auch selbst mehr Geld in die Hand nehmen.

Wir sind zu dem Entschluss gekommen, uns zu diesem Haushalt zu enthalten, weil viele unserer Forderungen erfüllt wurden, aber leider nicht alle. Das gilt vor allem für unsere Änderungsanträge, die wir beim Nachtragshaushalt wahrscheinlich als CSU-Anträge wiederfinden werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Ganserer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ziemlich genau einem Jahr hat sich die Weltgemeinschaft in Paris darauf verständigt, dass alle nötigen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Erderhitzung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen. Für Deutschland bedeutet das nicht weniger, als dass wir in den nächsten 35 Jahren unsere CO₂-Emissionen auf nahezu null bringen müssen. In Bayern kommen derzeit 40 % des Ausstoßes des Klimakillers CO₂ aus dem Verkehr.

Ihre straßenzentrierte Verkehrspolitik führt uns in die klimapolitische Sackgasse. Das bestätigt auch das Gutachten, das heute von den Umweltverbänden in Berlin vorgestellt wird. Demnach belegt der Freistaat Bayern im föderalen Wettbewerb mit den anderen Bundesländern im Bereich der nachhaltigen Mobilität den traurigen letzten Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Verkehrsminister, deswegen wäre es jetzt höchste Eisenbahn, dass Sie sich auf den Hosenboden setzen und Ihre klimaschutzpolitischen Hausaufgaben machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Zukunft brauchen wir abgasfreie Antriebe, Stichworte sind Elektromobilität und Wasserstoff. Das ist vollkommen klar. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass nicht alle Verkehrsprobleme unter der Motorhaube zu lösen sind. Für ein Gelingen der Verkehrswende müssen wir Verkehr von der Straße auf die Schiene und auf den öffentlichen Verkehr verlagern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Verlagerung, die auch Sie in Sonntagsreden immer wieder beschwören, gelingt aber nur, wenn wir vorher den Investitionsschwerpunkt von der Straße auf den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel verlagern. Dazu werden wir später beim Einzelplan 13 noch einen Vorschlag unterbreiten, wonach wir von den sogenannten Entflechtungsmitteln jährlich 45 Millionen Euro vom kommunalen Straßenbau auf den Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs umschichten wollen; denn momentan fließen noch 60 % dieser Entflechtungsmittel in den Straßenbau und nur 40 % in den umweltfreundlichen ÖPNV. Dieses Verhältnis müssen wir umdrehen. Hier brauchen wir mehr Mittel für den ÖPNV.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen Großteil der täglichen Wege, die wir alle zurücklegen, könnte man problemlos zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewerkstelligen. Aber nur ein Bruchteil der personellen und finanziellen Ressourcen wird in den Bereich der Nahmobilität investiert. Hier könnte man mit sehr wenig Mitteln sehr viel erreichen. Deswegen brauchen wir dringend mehr Geld für den Ausbau des Radverkehrs. Wir brauchen Radschnellwege in unseren Metropolregionen und dringend einen eigenen Haushaltstitel für den Bau von Radschnellwegsystemen.

Aber auch beim Ausbau und Bau von ÖPNV-Infrastrukturprojekten heißt es erst einmal denken, bevor der Bagger kommt. Damit bin ich beim zweiten S-Bahn-Tunnel in München. Dieses Prestigeprojekt löst die Probleme im S-Bahn-Netz nicht und wenn es gebaut würde, dann würde nach zehn Jahren Bauzeit, in denen gar nichts passiert, die Situation für viele Pendler sogar noch schlechter. Es würden in schlechteren Taktlagen weniger Züge verkehren, und zahlreiche Fahrgäste, zum Beispiel die Pendler auf der S1, würden sogar direkte, umsteigefreie Beziehungen verlieren. Der Investitionsanteil bei den Regionalisierungsmitteln betrug vor zehn Jahren noch rund 20 %. Da ist in Bayern auch in den Ausbau des ÖPNV investiert worden. Aber der Investitionsanteil bei den Regionalisierungsmitteln ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und lag in den Jahren 2013 und 2014 bei 5 bis 7 %. Aber im selben Maß, in

dem die Investitionen für den Ausbau des Schienen-ÖPNV in Bayern zurückgefahren worden sind, haben sich die Ausgabenreste auf der hohen Kante deutlich erhöht. Ich finde es deswegen dreist, wenn Sie jetzt sagen: Wir haben ja schon 500 Millionen Euro für den Bau des zweiten Tunnels angespart. In Wahrheit kommt dieses Geld von den Pendlern in ganz Bayern, die es sich bitter vom Mund abgespart haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

Der Ausbau der Außenäste im S-Bahn-Netz München, der Ausbau der S-Bahn Nürnberg Stufe 3, die Elektrifizierung von zahlreichen Bahnstrecken in ganz Bayern, die Schließung von Taktlücken – auf vielen Strecken fahren wir heute am Wochenende noch im Zweistundentakt –, die Einführung des Halbstundentakts auf den wirklich nachfragestarken Ästen, die Reaktivierung von Bahnstrecken, mehr Investitionen in den barrierefreien Ausbau – das alles ist bei Ihnen in den letzten Jahren auf der Strecke geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben dafür nichts übrig. Wenn Sie morgen hier im Hohen Haus die Durchfinanzierung für den zweiten S-Bahn-Tunnel erklären wollen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Das wird nicht gelingen!)

dann garantiere ich Ihnen, dass Sie damit nicht nur ein Milliardengrab in der Münchener Innenstadt schaufeln, sondern dass Sie viele Maßnahmen nicht nur im S-Bahn-Netz München, sondern in ganz Bayern für mindestens ein Jahrzehnt aufs Abstellgleis schieben werden. Das können wir nicht mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ein letzter Punkt: Wir wollen Mobilität für alle Menschen garantieren, egal, wo sie leben, und egal, ob sie einen Führerschein haben oder nicht, ob sie sich ein eigenes Auto leisten können oder nicht. Dazu braucht es ein Mindestmaß an ÖPNV-Angeboten

im ländlichen Raum. Wir brauchen deutlich mehr Geld für bedarfsorientierte Bedienformen im ländlichen Raum. Die Erhöhung um 500.000 Euro, die Sie aus Ihrer Fraktionsreserve vorgeschlagen haben, ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein und reicht bei Weitem nicht. Deswegen fordern wir eine jährliche Erhöhung um 2,75 Millionen Euro. Zusammenfassend kann ich sagen: Wir wollen Mobilität für alle Menschen ermöglichen und den dafür notwendigen Verkehr so umweltfreundlich wie möglich gestalten. Deswegen fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Herr Kollege Rotter von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zum Abschluss, bevor dann Staatsminister Herrmann das Wort ergreifen wird, noch einige Anmerkungen zu Ausführungen von Kollegen machen, insbesondere zu den Themenbereichen Wohnungsbau und Verkehr. Da haben wir von der CSU nun vor gut einem Jahr den Wohnungspakt Bayern mit großer Begeisterung zur Kenntnis genommen; bei der Opposition war die Begeisterung etwas gebremst, weil gesagt worden ist, man könnte noch mehr Geld investieren. Für den Wohnungspakt Bayern hat Staatsminister Herrmann zugesagt, in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019 jeweils rund 600 Millionen in drei Säulen auszugeben. Dieses wird auch im Doppelhaushalt 2017/18 so eintreten, dass wir, wie es zugesagt ist, bei gut 600 Millionen pro Jahr für diesen Bereich sind.

Sie haben nun kritisiert, dass die Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau beim Bewilligungsrahmen zurückgefahren worden sind. Richtig ist, dass sie auf nunmehr 82 Millionen zurückgefahren worden sind. Im Endergebnis verbleiben aber besagte 600 Millionen; denn Sie erwähnen natürlich nicht, dass die zweite Säule, das kommunale Programm, mit 150 Millionen Euro aus Landesmitteln weitergeführt wird und dass Labo-Mittel dort in gleicher Größenordnung hineinfließen. Und generell erwähnen Sie

gar nicht, dass es natürlich auch um Studentenwohnraumbau geht, den wir mit etwa 30 Millionen Euro pro Jahr fördern.

Außerdem wird kritisiert, dass Landesmittel zurückgefahren worden sind, weil die Bundesmittel erhöht worden sind. Ich bekenne auf der einen Seite ganz offen, dass ich als wohnungsbaupolitischer Sprecher davon auch nicht besonders begeistert war. Aber auf der anderen Seite ist, wie Helmut Kohl immer gesagt hat, entscheidend, was hinten herauskommt. Und Kohl hat recht damit. Entscheidend ist, dass wir diese gut 600 Millionen Euro Jahr für Jahr halten können. Und es ist natürlich gut, dass der Bund endlich wieder seiner Verantwortung im Bereich des Wohnungsbaus gerecht wird. Der Wohnungspakt Bayern umfasst diese gut 600 Millionen Euro, wovon das Land in den nächsten Jahren zwei Drittel und der Bund mit knapp 200 Millionen Euro weniger als ein Drittel einbringt. Ich hoffe sehr, dass der Bund diesen Beitrag versteiftigt.

Insbesondere vom Kollegen Mistol ist zu Recht angemerkt worden, dass die Mittel des Wohnungspaktes Bayern gar nicht so abgerufen worden sind, wie wir uns das gewünscht hätten. Aber der Wohnungspakt läuft erst seit etwa einem Jahr. Zunächst einmal müssen die Firmen überhaupt registrieren, dass es jetzt mehr Geld gibt. Dann müssen sich die Kommunen damit vertraut machen und die Grundstücke zur Verfügung stellen, auf denen gebaut wird. Dann muss geplant und genehmigt werden. Dann erst kann mit dem Bau losgelegt werden.

(Beifall bei der CSU)

Insofern, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, gehe ich davon aus, dass die Mittel im Jahr 2017 reichen werden. Wenn es noch besser laufen sollte, als wir alle zusammen hoffen und wünschen, dann können wir im Nachtragshaushalt 2018 entsprechend nachsteuern. Also, lieber Kollege, was heißt hier große Katastrophe oder Stop-and-go? Wir sind schon immer noch im Go. Und wenn uns jetzt der Bund hier etwas

mithilft, dann ist das nur gut und recht. Wir sind sehr, sehr lange für den Bund mit Landesmitteln eingesprungen, als dieser seine Verantwortung nicht wahrgenommen hatte.

(Beifall bei der CSU)

Beim Thema Wohnungsbau sage ich es zwar immer wieder, aber weil es mir so wichtig ist, sage ich es auch heute: Der Staat allein wird es nicht richten können. Wir brauchen massiv mehr Wohnungen. Ich weiß, Herr Kollege Mistol, Sie stimmen mir hier immer zu, aber nicht alle in diesem Hohen Hause tun das in gleichem Umfang. Der Staat allein wird es nicht richten können. Wir brauchen die Privatinvestitionen, die wir aber nur dann im nötigen Ausmaß bekommen, wenn auf Bundesebene endlich einer vernünftigen Abschreibungsregelung zugestimmt wird.

(Beifall bei der CSU)

Da war man fast so weit, doch dann kam ein Trauerspiel. Ich verstehe es heute noch nicht, warum das vor einem Dreivierteljahr dann doch nicht gelungen ist. Auf die frühere Legislaturperiode des Bundes will ich gar nicht mehr zurückgehen, als die Länder einfach nicht bereit waren, auf Steuereinnahmen zu verzichten. Sie haben stattdessen gesagt: Du, Bund, übernimm das bitte komplett. – Darauf hat der Bund natürlich gesagt: Die Länder müssen ihren Anteil dazugeben. – Man soll aber die Hoffnung nie aufgeben. Wenn aber beim Wohnungsbau etwas geschehen soll, was wir dringend brauchen, dann brauchen wir auch eine vernünftige Abschreibungsregelung.

Nun noch einige Anmerkungen zum Thema Verkehr und zur zweiten Stammstrecke: Wenn ich auf alles, was hier gesagt wurde, jetzt erwidern würde, dann würde das den Rahmen deutlich sprengen. Wir werden aber mit Sicherheit Gelegenheit haben, zunächst im Ausschuss darüber zu sprechen. Der Minister hat bereits angekündigt, dass er dazu berichten wird. Anschließend wird das gewiss auch im Plenum ein großer Gegenstand sein. Ich darf aber daran erinnern, dass dieses Vorhaben ein überragend wichtiges Verkehrsprojekt ist, nicht nur für den Großraum München, sondern für ganz Südbayern. Wir fahren derzeit auf einer Strecke, die 45 Jahre alt ist. Sie wurde für die

Olympiade geplant, gebaut und fertiggestellt. Damals waren es täglich 250.000 Fahrgäste. Jetzt haben wir 840.000 Fahrgäste in der S-Bahn, das ist dreieinhalb Mal so viel. Ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen. Es ist deshalb klar, dass man hier etwas tun muss, und zwar dringend. Dafür werden wir auch viel Geld in die Hand nehmen müssen. Ich sage allerdings auch immer: Das darf nicht zulasten anderer Räume gehen. Das ist völlig richtig und auch völlig klar. Deshalb bin ich dem Herrn Ministerpräsidenten, der das bei der Verkündung des Durchbruchs bei der Finanzierung ausdrücklich gesagt hat, und auch unserem Minister Joachim Herrmann sehr dankbar dafür, dass sie genau diese Zusage, die es schon einmal vor fünf Jahren gegeben hat, ausdrücklich wiederholt haben. Das geht nicht zulasten anderer Projekte. Das gilt sowohl im Bundes-GVFG – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz –, als auch im Landes-GVFG und auch für das, was wir außerhalb mit Regionalisierungsmitteln tun. Das ist wichtig. Daran glaube ich, und darauf sollte man auch vertrauen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Strobl hat das Personal in den Bauämtern angesprochen. Auch uns ist ganz wichtig, dass hier umgesteuert wird, dass nicht nur der Abbau gestoppt wird, sondern dass man zusätzliches Personal schafft. Deshalb tun wir in diesem Haushalt auch massiv etwas dafür.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Ich sehe allerdings das Problem, dass wir, wenn wir nur Stellen schaffen oder wenn wir nur Gelder für auswärtige Büros zur Verfügung stellen, noch nicht die geeigneten Fachleute und Ingenieure haben. Aber das ist eine zweite Frage. Was wir aber als Haushaltsgesetzgeber tun können, das haben wir hier getan.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsstraßen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ein ganz beliebtes Thema, das jedes Mal bei der Haushaltsdebatte kommt. Man könnte immer noch mehr tun,

das ist klar. Wir haben hier aber, weiß Gott, viel getan, und wir tun in diesen Haushalt wieder viel. Ich erinnere mich noch an Zeiten, da waren wir bei 110 Millionen Euro. Jetzt sind wir bei 270 Millionen Euro, und das innerhalb von sechs oder sieben Jahren. Hier ist also ganz, ganz ordentlich etwas geschehen. Das sollte man auch einmal zur Kenntnis nehmen. Die Gelder fließen überwiegend in den Substanzerhalt.

Auch die barrierefreien Bahnhöfe sind ein beliebtes Thema, wo man natürlich mehr tun müsste, das ist überhaupt keine Frage. Ich weise hier aber wie immer auf die Zuständigkeit hin: Dafür zuständig sind der Bund und die Bahn selbst.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir hier etwas aus Landesmitteln herausschneiden, dann erfolgt das immer wegen der dringenden Notwendigkeit, die wir auch sehen. Zuständig aber sind die anderen, Berlin und die Bahn.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Programm für kleine Stationen ist jetzt auch endlich etwas gekommen. Es ist natürlich viel zu wenig, aber nun gut. Ich hoffe, der Bund wird das einsehen und etwas tun. – Innovative Bereiche im Verkehr sind uns selbst wichtig, das können Sie unseren Anträgen entnehmen.

Ich komme zum Schluss. Natürlich könnte man mit noch mehr Geld noch mehr tun. Sie haben auch reichlich Anträge gestellt. Gleichzeitig kritisieren Sie aber immer wieder, dass zu wenig Schuldenabbau erfolgt, dass zu viel aus den Rücklagen entnommen wird und dass zu wenig Mittel in den Pensionsfonds fließen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das passt alles nicht zusammen. Deswegen müssen wir ihre Anträge ablehnen und nicht, weil dort nur Unsinn drinstehen würde.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Nicht nur Sie können rechnen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Glauber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Rotter, ich würde gerne noch eine Frage zur Finanzierung der Stammstrecke stellen. Sie haben dem Ministerpräsidenten und Staatsminister Herrmann für die Verhandlungen bezüglich der Stammstrecke gedankt. Für mich stellt sich hier eine Frage, und bitte erklären Sie das auch noch einmal dem Hohen Haus: Die GVFG-Mittel sind für die nächsten 15 Jahre verhandelt. Sie sagen, es gibt eine sichere Finanzierung. Momentan hat der Bund zwar 1,5 Milliarden Euro zugesagt, bisher gibt es vom Bund aber keinen einzigen Euro. Nun berechnen Sie doch einmal die GVFG-Mittel für die nächsten 15 Jahre und erklären Sie dem Hohen Haus dann bitte, welcher Ausgaberesst für Bayern übrig bleibt. Wie man hier von einer gesicherten Finanzierung sprechen kann, ist mir einfach schleierhaft. Sie sprechen von einem Zeitraum von 15 Jahren. Man muss doch einmal überlegen, was das politisch bedeutet. In 15 Jahren kann es, wenn es darauf ankommt, vier verschiedene Regierungen geben. Hier von einer gesicherten Finanzierung über 1,5 Milliarden Euro, die Bayern vorstreckt, zu sprechen, ist völlig unredlich.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Glauber. Herr Rotter, Sie haben das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Glauber, wir führen immer wieder die gleichen Debatten. Sie stellen die gleichen Fragen, und ich gebe Ihnen die gleichen Antworten.

(Zuruf von der CSU: Typisch!)

Seien Sie also nicht enttäuscht. In diesem Bundes-GVFG, aus dem auch die Stammstrecke finanziert wird, haben wir nun einmal einige bayerische Projekte, die natürlich abfinanziert werden müssen und die auch schon am Laufen sind. Ich erwähne die Mobilitätsdrehscheibe in Augsburg oder eine neue Straßenbahnlinie in Würzburg. Ich erwähne auch weitere Ausbauten in Nürnberg. Diese Dinge werden auch aus diesem

Topf abfinanziert; dafür gibt es auch die entsprechenden Zusagen. Dafür habe ich heute insbesondere gedankt. Dass man eine Finanzierung hinbekommt – prima Sache. Mir geht es aber darum, klarzustellen, dass das auch für das Land draußen gilt. Sie sprechen immer nur von den großen Projekten und dem Bundes-GVFG. Mir geht es aber auch darum, dass künftig beispielsweise zwischen Hof und Marktredwitz oder zwischen Oberstdorf und Kempten deswegen kein Zug weniger fährt. Das betrifft die Regionalisierungsmittel. Auch dafür gibt es die Zusage, und dafür habe ich dem Ministerpräsidenten und unserem Verkehrsminister gedankt, weil sie dafür einstehen. Unserem Verkehrsminister darf ich im Übrigen an dieser Stelle für seinen großen Einsatz und die ausgezeichnete Zusammenarbeit danken.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. Nun hat sich noch Herr Kollege Lotte für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

(Eberhard Rotter (CSU): Damit habe ich schon gerechnet, weil er bei der Liste der Redner offensichtlich heruntergefallen ist.)

Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lotte (SPD): Herr Kollege Rotter, das holen wir jetzt nach. Ich wollte noch etwas zum Wohnungsbau fragen, nachdem Sie die Staatsregierung sehr gelobt haben. Sie haben versucht hier zu vermitteln und gesagt, dass es gar nicht zu einer Kürzung kam. Ich frage Sie anhand der Zahlen, die mir vom Ministerium vorliegen; vielleicht können Sie es noch einmal darstellen. Da stehen für 2016 159 Millionen Euro an Landesmitteln. Das hatten Sie erwähnt. 87 Millionen Euro sollen es 2017 sein. Bei der Labo werden tatsächlich, um nichts zu unterschlagen, aus 100 Millionen Euro 150 Millionen Euro. Beim Bund werden aus 120 Millionen Euro 200 Millionen Euro. Man sollte dazu sagen, dass es 2015 noch 60 Millionen Euro waren. Eigentlich ist der Wohnungsbau aber primär Landesaufgabe, und das erwähnen Sie auch immer wieder. Er ist also gar nicht Bundesaufgabe. Bei anderen Sachen schimpfen Sie

immer. Allerdings: Soweit ich weiß, ist die CSU auch im Bund an der Regierung. Insofern muss man genau hinschauen, wenn man über den Bund schimpft.

Was mir aber noch viel wichtiger ist, das betrifft die Abschreibung. Um hier keine Legendensbildung zuzulassen, sage ich: Auch die SPD ist für ein Abschreibungsmodell. Wir wollen aber eine Koppelung der Abschreibung. Wir sind der Meinung, man soll keine Steuersparmöglichkeiten ohne entsprechende Gegenleistung schaffen, sprich: degressive Abschreibung gerne, aber gekoppelt an bezahlbare Mieten. Dieser Vorschlag liegt im Bund vor, wurde aber von CDU/CSU in Berlin leider abgelehnt. Sonst hätten wir das schon.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Herr Kollege Rotter, Sie haben das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Lotte, ich habe von einer vernünftigen Abschreibungsregelung gesprochen. Unter vernünftig verstehe ich das, was Sie jetzt auch erwähnt haben. Natürlich, da waren wir uns doch im Grundsatz alle einig, auch die Union im Bund. Deshalb ist mir nach wie vor unverständlich, dass das Ganze dann doch gescheitert ist, als es darum ging, ob man ein paar 10.000 Euro mehr oder weniger pro Wohnung in eine Abschreibungsregelung einbezieht oder nicht. Ich würde sagen, das war von allen Verhandlungsführern mehr als kleinlich. Man hätte sich einigen müssen. – Da sind wir uns einig, vielen Dank.

Zu dem ersten Punkt, den Sie erwähnt haben: Es ist richtig, dass eine Kürzung eintritt. Ich habe auch gesagt, dass es jetzt weniger Landesmittel sind. Die Kürzung ist nicht ganz so groß wie der Betrag, den der Bund drauflegt. Die Bundesregierung wird jetzt endlich ihrer Verantwortung gerecht. Zur Bundesregierung gehört nicht nur die SPD. Natürlich gehört die Union genauso dazu, auch wenn der Herr Kollege Strobl ausdrücklich Ihren gerade wiedergewählten Landesvorsitzenden besonders gelobt hat.

Ich gestehe ihm zu, da hat er gute Arbeit geleistet. Ich habe ihn sonst immer geschimpft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich erkenne es an, dass die komplette Bundesregierung bereit ist, endlich wieder ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Daher mussten wir hier die Landesmittel zugunsten anderer Dinge, die im Haushalt wichtig sind, zurückfahren, zumal wir jeden Euro nur einmal ausgeben können und wir das Geld der Steuerzahler verwenden. Ich habe gesagt und weiß, dass der zuständige Staatsminister Herrmann es auch so sieht: Wenn die Programme so super in Anspruch genommen werden, wie es für die, die die Wohnungen nachfragen, eigentlich notwendig wäre, werden wir im Nachtragshaushalt nachsteuern.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat noch mal die Kollegin Biedefeld das Wort. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die verbleibende Redezeit nutzen, um ein Thema aufzugreifen, das ich vorhin zwar nur kurz streifen konnte, das für die SPD aber sehr wichtig ist. Ich beziehe mich auf den Einzelplan 03 A und darin auf die Lebensmittelkontrolle. Ich wäre Ihnen, Herr Minister Herrmann, sehr dankbar, wenn Sie dazu Stellung nehmen und Ihre Bewertung darlegen.

Wir haben einen Antrag gestellt, der auf eine Verbesserung der Ausbildungssituation im Bereich der Lebensmittelkontrolleure durch die Schaffung von 80 neuen Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter und –Anwärterinnen abzielt. Die Stellen sollen bei den Landratsämtern entstehen, wie ich ganz bewusst betone. Diese Stellen dienen aus unserer Sicht in erster Linie dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Gutachten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes – es sagt übrigens aus,

dass in Bayern bei der Lebensmittelkontrolle vieles im Argen liegt – hat ein weiteres Mal gezeigt, dass massive Kontrollrückstände aufgrund des Personalmangels an den Landratsämtern herrschen.

(Beifall bei der SPD)

10 % der Stellen sind nicht besetzt. Die Anzahl und der Turnus der vorgeschriebenen Kontrollen konnten nicht eingehalten werden. Nicht die SPD sagt das, sondern das Gutachten sagt das aus. Die so weit hinter dem Sollbestand herhinkende Ist-Besetzung der Stellen von Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleuren hängt unter anderem damit zusammen, dass Lebensmittelkontrolleure erst dann ausgebildet werden, wenn eine Stelle frei wird. Dies führt konkret dazu, dass während der 24-monatigen Ausbildung die Stelle jeweils nicht besetzt werden kann. Jeder Betrieb in der freien Wirtschaft würde bei einer derartigen Personalpolitik pleitegehen. Um diesem Mangel abzuhelpfen, wollen wir 80 Anwärterstellen schaffen, auch im Hinblick darauf, dass in den nächsten Jahren 30 bis 40 % der Lebensmittelkontrolleure in Bayern in den Ruhestand gehen. Das muss man auch noch berücksichtigen. Hier muss zeitnah ausgebildet werden und nicht erst, wenn die Kollegen im Ruhestand sind.

Die 70 Stellen, die jetzt für die neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen vorgesehen sind, umfassen auch Verwaltungsstellen. Die Stelleninhaber sind nicht nur Kontrolleure und nicht nur in erster Linie vor Ort mit Kontrollen beschäftigt, zumindest nicht die 70, die Sie hier genannt haben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr erreicht im kommenden Jahr in den Einzelplänen 03 A und 03 B

ein Gesamtvolumen von rund 8 Milliarden Euro im Jahr 2017 und rund 8,2 Milliarden Euro im Jahr 2018. Das ist in der Tat eine neue Rekordsumme. Wir sorgen damit für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Wir investieren in Straßen und Gebäude, wir fördern Kommunen und den Sport und sorgen für Mobilität in Stadt und Land. Ich will nur auf einige der Aspekte, die gerade in der Debatte angesprochen worden sind, eingehen.

Zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates, überhaupt eines modernen Rechtsstaates, gehört es, das Menschenmögliche für die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu tun. Das hat der Ministerpräsident gestern schon angesprochen. In dem nun zu Ende gehenden Jahr 2016 haben uns viele harte Schläge getroffen, wie vorhin angesprochen wurde: die Terroranschläge in Würzburg und Ansbach, der Amoklauf, das schreckliche Zugunglück und vieles mehr. Trotzdem bleibt festzustellen: Insgesamt ist Bayern mit Abstand das sicherste aller deutschen Länder. Die Menschen können bei uns in Bayern sicherer leben als anderswo.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das Ergebnis der großartigen Arbeit unserer bayerischen Polizei. Viele weitere Menschen tragen dazu bei. Die Menschen in Bayern tragen auch durch ihr eigenes Verhalten dazu bei. Aber die Polizei hat eine Kernaufgabe. Deswegen stärken wir die bayerische Polizei. Es ist richtig, dass es infolge der Beschlüsse über den ausgeglichenen Haushalt in den Jahren 2003 ff. auch einige Stellenreduzierungen gab. Aber vergleichen Sie die Zahlen mit denen der letzten Jahre. Ich blicke zurück auf die Haushalte in der Zeit, in der ich als Innenminister Verantwortung trage. Der erste Haushalt, mit dem ich in dieser Funktion arbeiten durfte, war der des Jahres 2008. Damals hatte die bayerische Polizei 37.500 Stellen. Mit dem jetzt Ihnen vorliegenden Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 wird die Polizei insgesamt 42.300 Stellen haben. Das sind fast 5.000 Stellen mehr als im Jahre 2008. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland, in dem innerhalb dieses Zeitraums der Personalbestand um

5.000 Stellen gewachsen ist! Das ist unsere Sicherheitspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben schon heute, am Ende des Jahres 2016, den höchsten Personalbestand zu verzeichnen, über den die bayerische Polizei jemals verfügte. Der Bestand wächst weiter: 2017 und 2018 jeweils um 500 Stellen. Es ist politisch angekündigt, dass 2019 und 2020 noch einmal jeweils 500 Stellen folgen werden.

Wir haben nicht nur die meisten Stellen. Wichtig ist auch, dass die bayerischen Polizeibeamten eine starke Leistung erbringen. Sie sind es uns wert, dass sie ordentlich bezahlt werden. Schauen Sie sich die Besoldungsvergleiche des Bayerischen Beamtenbundes an. Ich darf schon darauf hinweisen, dass die bayerischen Polizeibeamten von den Polizeibeamten aller 16 Bundesländer und des Bundes am besten bezahlt werden. Ein Beamter in A 11 erhält in diesem Jahr von Januar bis Dezember ein Brutjahresgehalt einschließlich aller Zahlungen inklusive Weihnachtsgeld und dergleichen von 51.572 Euro. Wenn der gleiche Beamte in Nordrhein-Westfalen in A 11 tätig wäre, würde er ein Jahresgehalt von 48.913 Euro erhalten; das sind etwa 2.600 Euro weniger im Jahr. Wenn der gleiche Beamte in Rheinland-Pfalz tätig wäre, würde er ein Jahresgehalt von 47.390 Euro erhalten; das sind rund 4.200 Euro weniger als in Bayern. Das ist die Wertschätzung des Freistaates Bayern gegenüber seinen Polizeibeamtinnen und -beamten.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich ausdrücklich bei der CSU-Fraktion dafür bedanken, dass wir mit diesem Doppelhaushalt ein klares Signal geben, indem der Dienst zu ungünstigen Zeiten, vor allen Dingen der Nachtdienst, besser vergütet wird. Wir können den Nachzuschlag pro Stunde vom 1. Januar an auf vier Euro anheben. Es ist mein Ziel, dass wir ihn im Nachtragshaushalt 2018 auf 4,50 Euro anheben und dass das entsprechend fortgeführt wird. Wir können deshalb feststellen: Ja, wir investieren in die Sicherheit

und in gutes Personal, in gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen wir übrigens ein besseres Handwerkszeug an die Hand geben. Es ist angesprochen worden: Wir werden neue Waffen beschaffen. Wir beschaffen bessere Schutzausstattung wie die ballistischen Helme, die schusssicheren Westen usw. Der Sachhaushalt der Polizei wächst auf ein neues Rekordniveau.

Sie haben wieder mal die Sicherheitswacht infrage gestellt. Daher will ich am Rande erwähnen: Die Sicherheitswacht dient, wie man an diesen Zahlen sieht, nicht dazu, bei der Polizei Kürzungen vorzunehmen. Nein, wir bauen die Polizei aus und statten sie noch stärker aus. Aber trotzdem ist es nicht falsch, wenn sich Menschen auch ehrenamtlich für die Sicherheit in unserem Land engagieren.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bin ich dankbar dafür, dass sich Menschen in der Sicherheitswacht engagieren. Deshalb sind wir bereit, die Sicherheitswacht weiter auszubauen. Die Sicherheitswacht wird nur dort eingeführt, wo eine Kommune – wohlgemerkt: eine Kommune – von sich aus den Antrag stellt, der von der örtlichen Polizei befürwortet werden muss. Dann wird eine Sicherheitswacht eingeführt. Dann führen wir die Ausbildung und die Ausstattung durch. Bei uns geht es nicht darum, dass Leute von der Sicherheitswacht Waffen oder dergleichen bekämen. Das ist nicht der Sinn der Sache. Ich denke aber, es sollte nicht infrage gestellt werden, dass man auch ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in unserem Land leisten kann.

Als zweites großes Thema will ich kurz den Wohnungsbau aufgreifen. Wir brauchen in der Tat einen stärkeren Wohnungsbau. Ich bin froh darüber, dass alle Zahlen darauf hindeuten, dass der Wohnungsbau insgesamt in Bayern in diesem Jahr wohl weiter zugenommen hat. Wir werden erst zu Beginn des nächsten Jahres die endgültigen statistischen Zahlen sehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber es ist unübersehbar: Es wird mehr gebaut. Das ist auch erforderlich. Das ist gar keine Frage. Ich bin dankbar dafür, dass sich die Bundesregierung ihrerseits auch für mehr Mittel für den Wohnungsbau eingesetzt hat und die Mittel vonseiten des Bundes erhöht worden sind. Ich stehe darüber auch mit dem Kollegen Pronold in einem ständigen und guten Kontakt. Ich will das überhaupt nicht in Zweifel ziehen. Wir sind in den Fragen des Wohnungsbaus wie übrigens auch in den Fragen der Städtebauförderung in einem guten Kontakt und arbeiten da gut zusammen. Herr Kollege Mistol, Sie haben es angesprochen. Sie waren bei der Tagung in Reit im Winkl mit dabei. Man braucht nur den bundesweiten Fachverbänden des Wohnungsbaus zuzuhören. Das ist keine bayerische Propaganda; das sagen Ihnen auch die Kollegen der bundesweiten Fachverbände: Das, was der Freistaat Bayern zusätzlich zu den Mitteln des Bundes für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt, ist deutschlandweit einmalig. Es gibt kein anderes Bundesland, das so konsequent einen eigenen Beitrag zum Wohnungsbau leistet.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen allerdings auch, womit ich unterstreichen will, was der Kollege Rotter gesagt hat: Allein mit den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus werden wir die Wohnungsnachfrage nicht hinreichend befriedigen. Wir brauchen auch den freifinanzierten Wohnungsbau. Deshalb wäre es gut gewesen, wenn man sich in Berlin auf eine Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten verständigt hätte. Das ist leider nicht zustande gekommen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist bedauerlich. Das sage ich nach wie vor auch den Kollegen der SPD. Hier wird nicht ausgewogen agiert. Das hat leider schon mit dem Koalitionsvertrag 2013 angefangen, in dem zunächst von den Fachpolitikern verhandelt worden war, einerseits mehr Mittel und bessere steuerliche Abschreibung zu ermöglichen und andererseits mehr Mieterschutz im Mietrecht einzuführen. Dann haben die Haushaltspolitiker in den

letzten Zügen der Koalitionsverhandlungen die ganzen steuerlichen Maßnahmen rausgestrichen. Nur der verschärfte Mieterschutz ist übrig geblieben. Wir stehen zu diesem verschärften Mieterschutz. Man kann aber nicht mit verschärften Mieterschutzvorschriften allein den Bestand schützen. Damit kann man keine zusätzlichen Initiativen zum Bau von mehr Wohnungen erreichen. Da wir mehr Einwohner in Bayern haben, geht es nicht nur um den Schutz der vorhandenen Wohnungen, sondern um den Bau von mehr Wohnungen. Das erreicht man nicht allein mit Mieterschutzvorschriften, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Hier fehlt die zweite Hälfte einer vernünftigen Politik.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Sie erreichen, dass die Mieten bezahlbar bleiben, Herr Minister! Darum ist es wichtig! – Zuruf der CSU: Quatsch!)

– Darum stehe ich ja zum Mieterschutz. Das habe ich zweimal ausdrücklich betont. Aber das reicht nicht, wenn wir mehr Wohnungen brauchen. Das sage ich nur, damit wir das richtig wahrnehmen.

(Harald Güller (SPD): Dazu brauchen wir mehr Fördermittel!)

Drittens, Mobilität. Ich freue mich, dass die Mittel für die Staatsstraßen, deren Höhe 2013 noch bei 318 Millionen Euro lag, in diesem Haushalt 2017/2018 auf 380 Millionen angehoben werden. Auch das sind neue Rekordsummen, die es in dieser Höhe noch nie für den Staatsstraßenbau gegeben hat. Wir kommen hier gut voran. Ich denke, das ist draußen im Straßennetz zu sehen. Das gilt für die Autobahnen und die Bundesstraßen wie für die Staatsstraßen. Viele beschwerten sich, dass sie nur noch Baustellen und dergleichen erleben. Das war in diesem Sommer natürlich so. Das wird im nächsten Jahr wieder so sein, weil wir so viel Geld wie noch nie für den Straßenbau haben. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der CSU)

Aber wir bauen in der Tat auch den öffentlichen Nahverkehr und den öffentlichen Verkehr insgesamt aus. Die Deutsche Bahn investiert in diesem Jahr allein in Bayern eine Milliarde Euro in die vorhandene Infrastruktur oder in neue Strecken. Eine Milliarde Euro gehen in Bayern allein in Schienenstrecken. Dazu gehören Investitionen in die zweite Stammstrecke in den nächsten Jahren. Ich bin zuversichtlich, dass wir in der kommenden Woche im Rahmen eines weiteren Bahngipfels beim Ministerpräsidenten die Durchfinanzierungserklärung für die zweite Stammstrecke endlich unterzeichnen können. Lieber Herr Kollege Ganserer, ich kann nur sagen: Die GRÜNEN haben den üblichen Eiertanz bei diesem Thema aufgeführt. Auf der einen Seite bemängeln Sie, es würde nicht genügend für den öffentlichen Personennahverkehr getan. Aber gerade bei diesem Projekt suchen Sie auf der anderen Seite immer mit Hängen und Würgen Argumente, warum man nicht für dieses Projekt ist. Sonst wollen Sie überall mehr ÖPNV, aber dieses Projekt doch bitte nicht.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Ganserer, so werden wir da nicht weiterkommen. Ich darf darauf hinweisen: Vor 20 Jahren gab es die Bahnreform auf Bundesebene. Seitdem sind die Länder für den Schienenpersonennahverkehr auf Länderebene zuständig, bestellen die Züge, organisieren das und entscheiden, wo der Takt verstärkt wird, wo neue Züge fahren und dergleichen mehr. Wir haben in diesem Jahr bei der DB und anderen privaten Betreibern im Moment 122 Millionen Zugkilometer bestellt. Meine Damen und Herren, in diesen 20 Jahren sind die Nutzerzahlen im Schienenpersonennahverkehr um 73 % auf jetzt 1,3 Millionen Passagiere pro durchschnittlichem Werktag gestiegen. Um 73 % in den letzten 20 Jahren! Herr Kollege Ganserer, zeigen Sie mir jetzt bitte ein einziges deutsches, von den GRÜNEN mitregiertes Land, wo die Passagierzahlen im Schienenpersonennahverkehr in den letzten 20 Jahren stärker gestiegen wären als im Freistaat Bayern. Zeigen Sie mir ein einziges grün-regiertes Land!

(Beifall bei der CSU)

Damit, nur immer starke Sprüche zu machen und mit "man müsste" und "man sollte" zu kommen, aber überall dort, wo man Verantwortung hat, überhaupt nicht in der Lage zu sein, das auch umzusetzen, kommt man nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, ich unterstreiche: Die Staatsregierung hat schon bei der letzten Grundsatzentscheidung zur zweiten Stammstrecke erklärt, dass andere SPNV-Projekte in Bayern darunter nicht leiden werden und dass wir sie auch weiter voranbringen. Das gilt für solche Projekte, die laufen, und das gilt für solche, die in den nächsten Jahren weiter dazukommen werden. Wir lassen uns insgesamt – das gilt für die zweite Stammstrecke und für den gesamten übrigen Personennahverkehr, das gilt für unsere gesamte Politik, für den Wohnungsbau und für die Sicherheit – auch weiterhin nicht an Sprüchen, sondern an den Taten messen. Nur deshalb steht der Freistaat Bayern auch in Sachen Schienenverkehr, aber vor allen Dingen auch in Sachen Sicherheit besser da als andere Bundesländer.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt, damit wir diesen Weg fortsetzen können. Der Haushalt wird Bayern weiter voranbringen.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte. Der Kollege Pohl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Sie haben genauso wie die Kollegin Wittmann zu Recht davon gesprochen, dass wir immer wieder Polizeibeamte an andere Bundesländer ausleihen müssen, die dann hier fehlen. Ich möchte Sie fragen: Welche Anstrengungen unternehmen Sie in der Innenministerkonferenz, damit dieser wirklich sehr bedrohliche und nicht hinzunehmen-

de Zustand in der Zukunft unterbleibt? Und welche Ausgleichszahlungen müssen diese Länder an den Freistaat leisten? Zahlen sie adäquat?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Kollege Pohl, ich werbe in der Innenministerkonferenz nachdrücklich dafür, dass überall Personal weiter aufgebaut wird. Es gibt seit diesem Jahr eine Reihe von Bundesländern, die jetzt auch erkannt haben, dass man nicht weiter kürzen darf, sondern aufbauen muss. Ich möchte auch ausdrücklich würdigen, dass sich die Große Koalition in Berlin darauf verständigt hat, die Sicherheitskräfte des Bundes im kommenden Jahr massiv zu verstärken. Es wird im kommenden Jahr bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt und beim Bundesamt für Verfassungsschutz einen Personalaufwuchs wie überhaupt noch nie geben. Das war eine gemeinsame Entscheidung der Großen Koalition in Berlin, und das alles ist insofern auf einem vernünftigen Weg.

Hinsichtlich der gegenseitigen Unterstützung mit Polizeikräften gibt es klare Vereinbarungen zwischen allen 16 Bundesländern, wie das miteinander verrechnet und gegebenenfalls finanziell ausgeglichen wird. Ich sage ausdrücklich – das habe ich auch in der Vergangenheit betont –, dass wir nicht auf Dauer andere unterstützen wollen. Ich unterstreiche aber, damit da keine Missverständnisse aufkommen, dass wir die funktionierende Solidarität der Polizeien aller Länder untereinander auch in Bayern sehr zu schätzen wissen. Wir haben gerade in der vergangenen Woche den Hamburger Kollegen anlässlich des OSZE-Treffens rund 500 Beamte aus Bayern zur Verfügung gestellt. Ich rufe aber in Erinnerung, dass wir im Mai und Juni letzten Jahres bei dem G-7-Gipfel im Landkreis Garmisch-Partenkirchen auch eine zahlenmäßige Unterstützung durch die Polizeien anderer Länder wie noch nie hatten. Nur dadurch war der größte Polizeiansatz in der Geschichte Bayerns möglich.

Ja, alle Länder sind gefordert, ihre Polizei noch besser auszustatten. Aber es ist wichtig, dass es in besonderen Einsatzlagen auch in Zukunft die gegenseitige Unterstüt-

zung der Länder gibt. Wichtig ist auch – das will ich ausdrücklich unterstreichen –, dass der Bund genügend Kräfte hat; denn es geht – Sie haben die Grenzkontrollen angesprochen – um die Sicherheit in unserem Land. Nachdem der Bund gesagt hat, er hat im Moment zu wenig Leute, um die Grenzübergänge rund um die Uhr zu kontrollieren, haben wir uns bereit erklärt, die Grenzkontrollen mit einer Hundertschaft in wechselndem Einsatz zu verstärken.

Ich habe den Bundesfinanzminister gebeten, seinerseits auch Kräfte des Zolls zur Verfügung zu stellen; denn der Zoll ist typischerweise auch an den Grenzen tätig. Am besten ist es, wenn der Bund in einiger Zeit infolge stärkerer Neueinstellungen und Ausbildung in der Lage ist, seinen Aufgaben – Grenzkontrollen sind in der Tat seine originären Aufgaben – mit eigenen Kräften hinreichend nachzukommen. Aber wir tun jedenfalls in Bayern weiterhin von unserer Seite alles dafür, um für die Sicherheit der Menschen das Menschenmögliche zu bewegen. Da schieben wir die Verantwortung nicht auf andere, sondern tun selbst alles dafür, dass die Menschen in Bayern weiter so sicher wie möglich und sicherer als anderswo leben können.

Vielen Dank für die Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion in diesem Hohen Hause. Nur dank dieser konsequenten Unterstützung über Jahre und Jahrzehnten ist Bayern das sicherste Land.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Herr Kollege Mütze hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Staatsminister, sie haben eben behauptet, kein Projekt des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern müsse darunter leiden, dass die zweite Stammstrecke finanziert werden muss. Ist es richtig, dass die BEG am Montag eine Ausweitung des Verkehrs auf der Maintalbahn abgelehnt hat, weil sie dafür kein Geld mehr hat, nachdem alles Geld jetzt in die zweite Stammstrecke fließen muss?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich werde mich gerne darüber informieren, welche Entscheidung es da gab. Ich habe an der Sitzung nicht teilgenommen. Aber ich sehe – wir haben jetzt von den Investitionen gesprochen – bei Projekten, die absolut sinnvoll, richtig und notwendig sind, die klare Zusage der Staatsregierung, dass sie auch künftig finanziert werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/18 – Einzelplan 03 A –, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13260, 17/13262, 17/13243 mit 17/13258, 17/13291 sowie 17/13196 mit 17/13205 und 17/13298 mit 17/13302 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten und von der SPD beantragten drei namentlichen Abstimmungen zum Einzelplan 03 A durch. Beim Einzelplan 03 B folgt dann die nächste namentliche Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/13249 betreffend "Erhöhung der Vereinspauschale" abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 11.18 bis 11.21 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Das Ergebnis geben wir nachher bekannt.

Wir fahren in der Abstimmung fort und führen jetzt die namentliche Abstimmung über den ebenfalls von Abgeordneten der SPD-Fraktion beantragten Änderungsantrag auf der Drucksache 17/13253 durch betreffend "Zusätzliches Personal zur schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse". Der federführende Ausschuss empfiehlt hier die Ablehnung. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten, bitte!

(Namentliche Abstimmung von 11.23 bis 11.26 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann bekannt gegeben.

Wir führen nun noch die von der SPD-Fraktion beantragte namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/13254 betreffend die Schaffung von 80 neuen Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter durch. Auch hier empfiehlt der federführende Ausschuss die Ablehnung. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Drei Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.27 bis 11.30 Uhr)

Ich bitte Sie, hierzubleiben und den Saal noch nicht zu verlassen. Es finden weitere namentliche Abstimmungen statt. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Nun unterbreche ich die Sitzung, da wir die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen abwarten müssen. Im Anschluss folgen, wie gesagt, weitere namentliche Abstimmungen.

(Unterbrechung von 11.31 bis 11.34 Uhr)

Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wiederaufnehmen kann.

(Unruhe)

Ich kann es noch einmal ganz leise sagen: Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Wir sind in den Abstimmungen. Ich gebe jetzt die Ergebnisse der zuvor durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 17/13249 betreffend Erhöhung der Vereinspauschale: Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Dabei gab es 15 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 17/13253 betreffend Zusätzliches Personal zur schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse: Mit Ja haben 50 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt; es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Dann noch zum Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 17/13254 betreffend die Schaffung 80 neuer Lebensmittelkontrolleure-Anwärterstellen: Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86 Abgeordnete, Stimmenthaltungen gab es 29. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nun folgt die Abstimmung über den Einzelplan 03 A selbst. Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14623 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER ist der Einzelplan 03 A beschlossen.

Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14623 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13260 und 17/13262 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13263 mit 17/13267, 17/13282 mit 17/13289, 17/13229 mit 17/13237 und 17/13292 sowie 17/13303 mit 17/13306 und 17/13318 mit 17/13328 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14625 zugrunde.

Zuerst ist über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13283 abzustimmen. Die SPD-Fraktion hat zu ihrem Änderungsantrag betreffend "Wohnungsbaupolitische Notwendigkeiten auch im Haushalt abbilden" namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Die Urnen stehen schon bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 11.40 bis 11.43 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und darf jetzt die Sitzung wieder unterbrechen, bis wir das Ergebnis haben.

(Unterbrechung von 11.43 bis 11.45 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/13283 bekannt. Mit Ja haben 34 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85. Es gab 31 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 03 B. Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14625 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und, teilweise, der FREIEN WÄHLER und – –

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Aller FREIEN WÄHLER!)

– Wenn ich einmal sage: "Ich bitte, sich vom Platz zu erheben", gilt das, glaube ich, für die gesamte Abstimmung.

Bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Einzelplan 03 B mit den genannten Änderungen beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Damit ist der Einzelplan 03 B mit – –

(Unruhe)

– Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, solange wir in der Abstimmung sind, um Ruhe.

Damit ist der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegen-

stimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14625 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13263 mit 17/13267 ihre Erledigung gefunden haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Beratung des Einzelplans 03 B ist damit abgeschlossen.

Herr Staatsminister Joachim Herrmann, damit sind die Finanzen, was die Haushaltsjahre 2017 und 2018 anbelangt, gesichert. Weiterhin ein gutes Arbeiten für Sie persönlich, aber auch für das gesamte Haus! Wir danken Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Erhöhung der Vereinspauschale (Kap. 03 03 Tit. 685 91) (Drs. 17/13249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			X
				Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp			X	Huber Erwin		X	
				Dr. Huber Marcel		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	50	85	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zusätzliches Personal zur schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse (Kap. 03 08 Tit. 422 01)(Drs. 17/13253)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	50	85	13

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 5: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Verbesserung der Ausbildungssituation im Bereich der Lebensmittelkontrolleure durch die Schaffung 80 neuer Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter, Lebensmittelkontrolleure-Anwärterinnen bei den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 21) (Drs. 17/13254)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			X
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			X
				Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Häusler Johann			X
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes			
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp			X	Huber Erwin		X	
				Dr. Huber Marcel		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther			X	Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	33	86	29

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 685 91)
Drs. 17/13196
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91)
Drs. 17/13197
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen für ein Nachwuchsleistungssportkonzept unter Beachtung der Behindertensportverbände
(Kap. 03 03 TG 91)
Drs. 17/13198
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Verwaltungsrichter schaffen
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 17/13199
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellenhebungen für Beamtinnen bzw. Beamte und Tarifbeschäftigte bei der Bayerischen Polizei
(Kap. 03 17, 03 18, 03 20, 03 21
Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 17/13200
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr IT-Spezialisten für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/13201
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schleierfahndung stärken
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13202
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schaffung einer echten Mobilien Reserve für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13203
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Präventionstätigkeit der Bayerischen Polizei deutlich stärken
(Kap. 03 18 Tit. 547 04)
Drs. 17/13204

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neubau des Polizeigebäudes in Kaufbeuren
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/13205
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Bayerischen Polizei
(Kap. 03 02 Tit. 428 45)
Drs. 17/13243
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Beförderungsstau bei der Polizei beheben; Stellenhebungen von BesGr. A 9 nach A 9+AZ
(Kap. 03 02 Tit. 461 01 sowie Kap. 03 17 – Kap. 03 21)
Drs. 17/13244
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellenhebungen bei den Tarifbeschäftigten der Bayerischen Polizei
(Kap. 03 02 Tit. 461 01 sowie Kap. 03 17 – Kap. 03 21)
Drs. 17/13245
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für Vorsorgekuren
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13246
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für das betriebliche Gesundheitsmanagement der Bayerischen Polizei
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13247
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 17/13248
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 17/13249
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 893 91)
Drs. 17/13250
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verwaltungsgerichte: 30 neue Planstellen für Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten und Aufhebung des kw-Vermerks für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 16 Planstellen für richterliches Personal an den Verwaltungsgerichten
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 17/13251
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verwaltungsgerichte: 30 neue Planstellen für Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen und Aufhebung des kw-Vermerks für die infolge von Zuwanderung und Integration beim Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen 42 Planstellen für Verwaltungspersonal an den Verwaltungsgerichten
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 17/13252
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliches Personal zur schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/13253

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verbesserung der Ausbildungssituation im Bereich der Lebensmittelkontrolleure durch die Schaffung 80 neuer Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter, Lebensmittelkontrolleure-Anwärterinnen bei den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 17/13254
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stellen für Energieberater in den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 17/13255
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für die Beschaffung und Einführung einer neuen Dienstwaffe für die Bayerische Polizei (Kap. 03 17, Kap. 03 18, Kap. 03 20 jeweils Tit. 812 01)
Drs. 17/13256
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: 181,74 neue Planstellen für Tarifbeschäftigte der Landespolizei (Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 17/13257
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: 100 neue Planstellen für die Mobile Reserve der Bayerischen Polizei (Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 17/13258
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern (Kap. 03 03 TG 85)
Drs. 17/13291
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umsetzung von Stellen an die unteren Naturschutzbehörden (Kap. 03 09 Tit. 422 01, Kap. 03 80 Tit. 422 01)
Drs. 17/13298
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bessere Personalausstattung des Landesamts für Datenschutzaufsicht (Kap. 03 10 Tit. 422 01)
Drs. 17/13299
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verkleinerung des Landesamts für Verfassungsschutz – Umschichtung der Mittel zur Landespolizei zwecks Schaffung neuer Planstellen für tarifbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, des Rechtsextremismus und zur Terrorismusbekämpfung (Kap. 03 15 Tit. 422 01 und 534 01, Kap. 03 18 Tit. 428 01 und 525 75)
Drs. 17/13300
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erschwerniszulage (DuZ) bei der Landespolizei aufstocken (Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/13301
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Finanzierung der Sicherheitswacht (Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 17/13302

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 6: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Wohnungsbaupolitische Notwendigkeiten auch im Haushalt abbilden (Kap. 03 64 Tit. 863 69) (Drs. 17/13283)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	34	85	31

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 B:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/13229
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/13230
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnraumfördermittel
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/13231
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aus- und Umbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/13232
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06)
Drs. 17/13233
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Barrierefreiheit an Bahnhöfen
(Kap. 03 66 TG 75 – 76 neuer Tit.)
Drs. 17/13234
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Haltepunkte für den Regionalverkehr
(Kap. 03 66 TG 75 – 76 neuer Tit.)
Drs. 17/13235
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 66 Tit. 892 76)
Drs. 17/13236
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderoffensive für Fahrradabstellanlagen
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 17/13237
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen u.ä. sowie sonstige Baunebenkosten an Bundesautobahnen
(Kap. 03 75 Tit. 771 70)
Drs. 17/13292

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Natascha Kohnen u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/13282
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnungsbaupolitische Notwendigkeiten auch im Haushalt abbilden
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/13283
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fahrradabstellanlagen bzw. Fahrradstationen an Bahnhöfen fördern - ÖPNV intermodal gestalten!
(Kap. 03 66 TG 58)
Drs. 17/13284
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbildungsverkehr im ÖPNV für die Kommunen zukunftsfähig machen
(Kap. 03 66 Tit. 633 72)
Drs. 17/13285
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe und Landesmittel für das Bundesprogramm „Barrierefreiheit kleiner Schienenverkehrsstationen“ im ländlichen Raum beibehalten
(Kap. 03 66 Tit. 892 76 und Tit. 893 76)
Drs. 17/13286
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungen für den Probetrieb auf nicht im Schienenpersonennahverkehr bedienten Eisenbahnstrecken
(Kap. 03 67 Tit. 682 13)
Drs. 17/13287
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Nachhaltige Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau inklusive Radwege entlang Staatsstraßen und Instandsetzung von Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00
sowie Anl. A Tit. 770 06 und Tit. 772 08)
Drs. 17/13288
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: neue Planstellen für die staatlichen Bauämter
(Kap. 03 80 Tit. 428 01)
Drs. 17/13289
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/13303
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Radverkehr in Bayern: nicht-investive Mittel für den Radverkehr erhöhen
(Kap. 03 63 TG 70)
Drs. 17/13304
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Liegenschaften
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/13305
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sanierungsfahrpläne für Quartiere und Ortsteile
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/13306

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnraumförderung
Sozialen Wohnungsbau forcieren
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/13318
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/13319
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufstockung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“
(Kap. 03 65 Tit. 883 83)
Drs. 17/13320
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für bedarfsorientierte Bedienformen des allgemeinen ÖPNV im ländlichen Raum und Pilotprojekte landkreisübergreifender Expressbusverbindungen im Omnibusverkehr bedarfsgerecht erhöhen
(Kap. 03 66 Tit. 633 58)
Drs. 17/13321
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln beim Ausgleich nach § 45a Personenbeförderungsgesetz
(Kap. 03 66 TG 71 – 73)
Drs. 17/13322
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine weitere Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens
(Kap. 03 66 TG 74)
Drs. 17/13323
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Beraternetzwerk Mobilitätsmanagement
(Kap. 03 66 neuer Tit.)
Drs. 17/13324
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Landesmittel für Planung und Bau von Eisenbahninfrastruktur statt Landesmittel für Planung und Bau der 2. Stammstrecke
(Kap. 03 67 Tit. 892 01)
Drs. 17/13325
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Radschnellwege
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 17/13326
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/13327
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehr Mittel für den Bau von selbständigen Radwegen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06)
Drs. 17/13328